

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 112 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Donnerstag, 17. Mai 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Genf und die Saaz

Seite 3

Geheimnis um Thälmann und seine Mitgefangenen

Seite 2

„Ach, nur die S.A. . .“

Seite 7

Prinz Auwi hat Angst

Seite 7

Reichsgesetz für Zwangsarbeit

Aufhebung der Freizügigkeit und zwangsweise Verschickung von Landheltern

Berlin, 16. Mai. Das Reichskabinett hat ein Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes beschlossen. Es soll, wie es in der halbamtlichen Verlautbarung heißt, den Bedarf der Landwirtschaft mit den notwendigen Arbeitskräften sicherstellen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Großstädten wirksamer gestalten. Das Gesetz schafft die Mobilität, Bezirke mit hoher Arbeitslosigkeit für zuziehende Personen, die sich dort als Arbeiter oder Angestellte betätigen wollen, von einem bestimmten Zeitpunkt ab zu sperren. Gedacht ist zuerst an eine Anordnung für das Wirtschaftsgebiet Großberlin. Die Beschäftigung von Personen, die mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut sind, in landwirtschaftlichen Berufen oder Betrieben kann gefordert werden.

Aus dem gewundenen und absichtlich unklar gehaltenen Amtsstil in klarem Deutsch überlegt: das Reichskabinett hat die Freizügigkeit für Arbeiter aufgehoben und die Zwangsverschickung und Zwangsarbeit für solche Arbeitskräfte eingeführt, die behördlich als geeignet für landwirtschaftliche Berufe oder Betriebe bezeichnet werden. Irrendwache Sicherungen für Arbeitszeit, Lohn und Behandlung sind nicht gegeben.

Man erfährt aus der Mitteilung, was sonst seit Monaten bestritten wird, daß es Bezirke mit hoher Arbeitslosigkeit gibt. Obwohl hinreichend bekannt ist, mit welchen Klendmüssen an Unterstützung sich die Erwerbslosen begnügen müssen, drängen doch noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in die Städte und Industriegebiete, weil sie sich der Sklaverei des „Landhelterns“ entziehen wollen. Diese Menschen sollen nun mit gewaltvoller Gewalt auf dem Lande

festgehalten und der Landwirtschaft als sehr billige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Da sie nicht ausreichen, soll außerdem in den Städten die Ausbeutung und Verschickung von „Landheltern“ erfolgen. Das ist in großem Maße schon im vergangenen Jahre geschehen. So machte zum Beispiel Oberpräsident Koch in Ostpreußen seine Provinz frei von Erwerbslosen und errang seinen großen Sieg in der Arbeitslosigkeit. Nun aber soll dieses System der Sklaverei für das östliche Junkertum und den sonstigen Großgrundbesitz allgemein durchgeführt werden.

Man sieht aus diesem neuen Reichsgesetz, was es mit der kürzlich erfolgten Ankündigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Darre auf sich hat, daß den Landleuten keine Subventionen mehr gezahlt werden sollen. Die Subventionen erfolgen dennoch, und zwar neben den in voller Höhe aufrechterhaltenen Lebensmittelpreisen als Zwangsarbeit der Landlosen. Die Reichsregierung greift auf die mittelalterlichen Frondienste zugunsten des Großgrundbesitzes zurück.

Für Wohlhabenderwerblose, die als Sandarbeiter verschickt wurden, sind bisher schon nur Löhne von 27 Pfennig die Stunden, die Frauen von 18 Pfennig die Stunde gezahlt worden bei einem Deputat von 25 Pfund Kartoffeln die Woche. Um wieviel werden diese Jammerlöhne nun noch gesenkt werden?

Von allem abgesehen, was die reinen Arbeiterinteressen berührt, zeigt das neue Reichsgesetz, daß nicht einmal binnenwirtschaftlich eine echte Belegung vorhanden ist. Der „Sozialismus der Tat“, den die wirtschaftlichen Dilettanten des faschistischen Systems in Deutschland veräben, besteht in dem Zurückfallen in vorfaschistische Manipulationen, die das Wirtschaftsleben ruinieren müssen.

Gestern und heute

Für alles, was ihnen fehlt, schaffen die Nazis geschwind ein Amt. Darum haben sie eins für Devisenkontrolle, für Rohstoffüberwachung, für Kirchenfrieden — und zu Ehren von Dr. Göbbels und anderen hochgewachsenen Ariern haben sie ein Amt für Rassehebung.

Das neueste auf diesem Gebiet ist das „Amt für Grundsatztreue“.

Aber nein, das ist kein Wit. Ernst ist der Anblick der Notwendigkeit, sagte sich der pfälzische Gauleiter Bürckel, und da die Grundsatztreue der Nationalsozialisten es offenbar sehr notwendig hat, schuf er für sie ein Amt. Es soll von amtswegen das besorgen, was sich bei den Herrschaften nicht von selbst versteht.

Lassen wir den Herrn Bürckel selbst sprechen:

„Es wird beim Gau ein Amt für Grundsatztreue errichtet. Es hat die Aufgabe, alle dem Gauleiter unterstehenden politischen Leiter in ihrer gesamten Lebenshaltung zu kontrollieren. Der Leiter der Abteilung Führerkorps ist eine Verpflichtung eingegangen, nach der er sich selbst als Schädling der Partei bezeichnet, falls er auch nur die kleinste Unehrenhaftigkeit irgendeines Unterführers unbeachtet läßt.“

Also die Lebenshaltung soll kontrolliert werden. . . Da möchten wir doch zu gern mal Göring vor den Schranken dieses Amtes sehen. Auch Göbbels wäre nicht schlecht. Denn eine Villa mit 40 Zimmern oder eine Mitgift von zwei Millionen von dem geschiedenen Gatten seiner Frau — das scheint uns ein bißchen viel für die Grundsatztreue eines deutschen Sozialisten.

Aber vielleicht kennen wir uns in diesen Grundsätzen noch nicht genügend aus. Manche Leute meinen ja, ihre Grundsätze ständen in ihrem Programm. Aber das glauben wir nun mal nicht. Denn da fordern sie zum Beispiel die Brechung der Zinsknechtschaft, die Verstaatlichung aller Trusts, die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, die Kommunalisierung der Warenhäuser und die unentgeltliche Enteignung von Grund und Boden. Das sind doch keine Grundsätze — i wo! Das haben sie bloß hineingeschrieben, weil es so schön ist. Adolf Hitler ist nun mal eine künstlerische Natur.

Die Grundsätze der Nazis müssen in etwas anderem bestehen. Anscheinend sind sie so wertvoll, daß die Guten sie sorgfältig für sich behalten. Aber solch ein Amt für Grundsatztreue müßte wenigstens für sich selbst ein paar tüchtige Grundsätze haben: sozusagen einen Tarif für Grundsätze. Etwa: der Führer selbst hat seinen Geburtstag auf einer Autotour mit sechs ausgewachsenen Kraftwagen gefeiert. Da könnte man Göring immerhin vier zubilligen und einem einfachen Gauleiter anderthalb: einen Achtzylinder und einen Vierzylinder. Denn wir glauben schon, daß Grundsätze der Nationalsozialisten sehr eng mit der Zahl ihrer Automobile zusammenhängen.

Bei der Bewirtschaftung des knappen Vorrats an Grundsatztreue wird das Amt noch manches Mal Sorge haben, denn das Angebot ist nicht groß. Da die Nazis ja immer mehr in die Kriegswirtschaft hineinschlittern, wird es ihnen mit der Grundsatztreue wohl so ähnlich gehen wie im Kriege mit den Brotkarten: Karten gab es wohl, aber kein Brot.

Wir sehen es schon kommen, wie das geplagte Amt einen Pappdeckel mit folgender Aufschrift vor seine Tür hängt:

„Da das Amt zur Zeit noch mit der Aufstellung von zur Treuehaltung geeigneten Grundsätzen beschäftigt ist, ist Sprechstunde vorläufig nur Sonntags zwischen 12 und 1. In Zweifelsfällen gilt bis zur endgültigen Regelung als allgemeiner Grundsatz wie bisher.“

„Das Volk darf nichts merken. Keinesfalls sich erweichen lassen.“

Argus.

Delirien des Dr. Ley

Was der internationalen Presse geboten wird

Berlin, 16. Mai. Im Zusammenhang mit dem heute beginnenden Arbeitskongress sprach vor der in- und ausländischen Presse Dr. Ley über den Sinn der „Deutschen Arbeitsfront“ und ihre grundsätzliche Verschiedenheit gegenüber den früheren Gewerkschaften.

Der Arbeitskongress wird in diesen Tagen zur Erinnerung daran abgehalten, daß am 10. Mai 1933 die Deutsche Arbeitsfront gegründet wurde. Dr. Ley erinnerte daran, daß von der Arbeitsfront 169 Arbeiter- und Angestelltenverbände und 46 Arbeitgeberverbände übernommen worden seien. Aus ihnen sei die größte Organisation der Welt geworden, die Arbeitsfront, die sich auch gründlich innerlich gegenüber den Gewerkschaften gewandelt habe. „Die früheren Gruppen waren“, so sagte er, „geboren zum Teil aus weltanschaulichen Gründen heraus. Die Industrialisierung hatte als neuen Menschentyp den wertlosen Industriearbeiter geschaffen, der sich schon früh in den verschiedenen Vereinen durch Solidarität eine neue Heimat gesucht hat. Die Gewerkschaften wurden aus den idealen Gründen geboren, aus Kampf um Achtung und Anerkennung, um Heimat und Boden. Im Laufe der Jahrzehnte lanten die Organisationen aber zu Parteigruppen herab, aus den rein idealen Gründen wurden rein materielle. Der Kampf ging später um schemenhaften Internationalismus. Während man den Arbeiter ursprünglich zu höchsten Ehren bringen wollte, bekämpfte man sich später selbst als „Proletariat“. Schließlich wurden aus den Gewerkschaften Versicherungsvereine. Ihre gegenseitige materielle Hilfe war auf einen Schwindel beispielsweise Art ausgeht, da die Versicherungsleistungen in den Gewerkschaften nur eine Kannvorfrist gewesen ist. So lanten die Gewerkschaften allmählich zu Gaunerkonzernen herab, was nicht allein für die freien Gewerkschaften gilt, die auch noch die saubersten Verhältnisse gehabt haben. Während die freien Gewerkschaften aus einer gewissen Angriffslust enthielten waren, wurden die christlichen und die bürgerlichen aus Abwehr gegründet, also eigentlich aus Furcht und Angst. Eine dritte Klasse endlich entstand aus den Motiven reiner Geschäftstüchtigkeit. Alle drei verfaulten sich an Parteien und führten den Kampf untereinander nur zum Schein.“

Es genügt wohl, diese „Theorien“ — sprechen wir deutlich — eines alkoholisierten Janonanten kommentarlos wiederzugeben. Einen solchen Menschen hat man zum

Präsidenten der deutschen Arbeitsfront gemacht.

Greifen wir uns aber noch einen Satz aus einer späteren Partie der Ley-Rede heraus:

„Ich kann versichern, daß nirgends geringere Löhne als am 30. Januar 1933 gezahlt werden. Nirgends ist die Urlaubsfrage so gut geregelt wie in Deutschland.“

Diesem Schwindel halten wir einfach entgegen, was Reichsminister Dr. Göbbels am Freitag, 11. Mai, im Sportpalast in Berlin gesagt hat, und was in der ganzen deutschen Presse nachzulesen ist:

„Wenn ich vier Millionen Arbeit gebe, muß ich in der ersten Phase der Entwicklung in Kauf nehmen, daß diesen vier Millionen nicht die Löhne bezahlt werden, die ein der Kulturhöhe eines Volkes entsprechender Lebensstandard bedingt.“

Diesmal hat Göbbels recht. Dem unwissenden Präsidenten der Arbeitsfront wollen wir nur die Löhne einer Berufslehre vorhalten, und zwar einer, die an der Binnenkonjunktur am meisten teilnimmt. Die Stundenlöhne der Arbeiter waren

	am 30. Januar 1933	im April 1934
Hamburg	128	110
Berlin	126	108
München	115	95
Böln	118	87
Breslau	106	88
Königsberg	96	89

So unterscheiden sich die Tatsachen von den Delirien des Herrn Dr. Robert Ley.

Bergwerksdirektor ermordet

Röthen, 16. Mai. In der Nacht zum Dienstag wurde der Direktor der Grube Leopold, Dipl.-Ing. Bruno Wiederhold aus Bitterfeld, ermordet und beraubt. Die Leiche wurde in den Morgenstunden des Dienstag in einem Straßengraben zwischen den Dörfern Oppin und Niemberg unter einer Decke aufgefunden. In der Nähe lagen eine Aktentasche, lose Papiere und eine goldene Brille. Dem Ermordeten wurde eine Brieftasche mit 500 RM. Inhalt, Kraftwagenpapiere, sein Paß und seine goldene Uhr entwendet. Wiederhold ist durch einen Schuß unter der rechten Brustzeit

getötet worden. Er hatte sich Montagnachmittag mit seinem eigenen Wagen zu einer Besprechung, die bis gegen Abend gedauert hatte, nach der Grube Leopold in Edderitz begeben. Dann war er allein mit dem Wagen über Röthen zurückgefahren, um nach Bitterfeld zurückzufahren. Man nimmt an, daß Wiederhold entweder in Röthen oder auf dem Wege dorthin von dem noch unbekanntem Täter oder den Tätern angehalten worden ist mit der Bitte, ihn oder sie mitzunehmen. Anscheinend hat man ihn dann sofort erschossen. Wahrscheinlich ist die Leiche dann mit dem Kraftwagen nach dem Fundort gebracht worden. Der Wagen wurde heute morgen in Röthen herrenlos aufgefunden.

Schweres Grubenunglück in Südbelgien

Paris, 10. Mai. Nach einer hier in den späten Nachmittagsstunden vorliegenden Meldung aus Mons in Südbelgien ereignete sich auf der Grube Lambrecht ein Schlagwetterunglück, das über 30 Menschen das Leben kostete. Die Explosion, die sich in etwa 800 Meter Tiefe ereignete, soll so heftig gewesen sein, daß die in der Nähe des betroffenen Stollens arbeitenden Bergleute teilweise bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt wurden. Von etwa 45 Arbeitern, die in den Mittagsstunden eingefahren waren, konnten bisher drei in schwerverletztem Zustand geborgen werden. Eine Anzahl Leichen wurde bereits als Tageslohn gefördert.

(DNB.) Mons, (Belgien), 10. Mai. Im Laufe der Nacht sind vier weitere Tote des Bergwerksunglücks aus dem Schacht herausgeschafft worden. Die Zahl der bis jetzt geborgenen Leichen hat sich auf acht erhöht. Man nimmt aber an, daß auch die meisten der in der Grube eingeschlossenen Bergleute verloren sind. Die bis jetzt geborgenen Leichen sind fast unkenntlich. Die Grube brennt. Die Bergbauarbeiten gestalten sich infolge der Hitze und der austretenden Gase außerordentlich schwierig. Eine Stunde vor Ausbruch der Katastrophe hatte noch eine Grubeninspektion stattgefunden. Die aber nichts Auffälliges bemerkte.

Die Zahl der eingeschlossenen Bergleute beträgt nach neuesten Berechnungen 36.

„Populaire“ verlangt Kammerauflösung

DNB. Paris, 10. Mai. Der „Populaire“ schreibt gegen die heutige kurze Kammerperiode, die eine Schande und Schande für die Würde des Parlamentarismus darstelle. Eine Kammer, die sich von einer Regierung eine solche entehrende Behandlung gefallen lasse, bestehe überhaupt nicht mehr. Die Kammer sei tot. Man müsse endlich die politische Atmosphäre von diesem Leichnam reinigen, der allmählich in Verwesung übergehe. Es müsse verhindert werden, daß sich die Verachtung der Öffentlichkeit gegenüber der Kammer auch auf die republikanischen Freiheiten ausdehne, und daher gebe es nur ein Mittel, nämlich die Auflösung.

Das Blatt macht sich ferner zum Sprachrohr gewisser Gerüchte, wonach die Pariser Informationspresse in gemeinsamer Uebereinkunft beschlossen haben soll, über die demnächst stattfindende sozialistische Landespartei-tagung in Toulouse überhaupt nicht oder nur in ganz beschränktem Rahmen zu berichten.

Einbürgerungs„fabrik“

Eine Erwiderung auf die schweizer Protestrufe des Artikels „Einbürgerungsfabrik“

Man schreibt uns: Müssen in der Welt immer Betrüger und Betrogen leben? Müssen sich immer bössartige Menschen gleich bestergerigen Völkern über die Leiden der armen Staatenlosen und Emigranten stützen und sie des letzten geretteten Vermögens berauben? Kann es denn nicht auch möglich sein, daß eine reelle und legale Möglichkeit, durch das „malizöse“ Informat, besteht, die wirklich Menschen helfen kann?

Der Einsender der Notiz „Einbürgerungsfabrik“ gibt klar die Einbürgerungsmöglichkeit in der Schweiz an, kommt dabei aber nicht zum logischen Schluss, daß nach dieser die Schweiz nicht in Frage kommen kann. Alle Achtung vor dem Nationalstolz der Schweizer, aber Europa hat auch noch andere Länder! Wenn der Einsender, vor allem aber die Protestanten der anderen schweizer Blätter, sich mit dem Informat befassen und wachen, gegenstandslos geworden wären; vielleicht hätten dabei auch die Einsender aus dem ihnen zugänglichen Schreiben erfahren müssen, daß keinerlei Vorzüge o. ä. bezahlt werden müssen. Es ist aber menschlich, über eine Sache zu schreiben und jemand zu verdrängen, ohne sich vorher über die Tatsachen genau zu unterrichten. Hoffentlich wird dem Einsender und allen Kritikern, die sich über das Informat ärgerten, nicht die Zeit zu lang, bis einer der angeblich „Gecrupsten“ seine warnende „Stimme hören läßt.“ R. O. S.

Die Mitgliederversammlung marschiert

Aus dem deutschen Gewerkschaftsleben

Es geschehen noch Zeichen und Wunder im „dritten Reich“. Die faschisierten Gewerkschaften halten Mitglieder-versammlungen ab. Die Mitglieder des Deutschen Arbeiterverbandes des grafschen Gewerbes, Ortsgruppe Berlin, wurden zur „Generalmitgliederversammlung“ (wie das Klingel) aufgefordert. Zutritt nur gegen Eintrittskarten mit einem Personal-Abchnitt zur Sozialkontrolle. Die Karten mußten bezahlt werden. Die Mitglieder begaben sich zu ihrer Generalversammlung in Kolonnen nach folgendem Aufmarschplan:

„Die Belegschaft eines Betriebes sammelt sich nach Betriebschluss und marschiert von dort geschlossen zum Sportplatz. Bei der Wahl des Aufmarschweges ist lediglich zu beachten, daß die Bannmütze nicht berührt wird. Der Aufmarsch muß so erfolgen, daß der Zug rechtzeitig den Sportplatz erreicht. Bei ungenügend liegendem Betriebschluss ist zu versuchen, beim Betriebsführer einen früheren Arbeitschluss zu erwirken. Diese Art des Aufmarsches ist allen größeren Betrieben zu empfehlen. Es bleibt aber den Verbandsamtsleitern überlassen, den gemeinsamen Aufmarsch zu wählen oder Einzelbesuch zu veranlassen.“

„Die NSDAP. nahmen der Berliner Drucker- und Papierverarbeitungsbetriebe sammeln sich um 7 Uhr in der Bier-Schwemme des Sportplatzes. Die Verbandsamtsleiter sind dafür verantwortlich, daß die Belegschaft in möglicher Geschlossenheit erscheint.“

Nachdem die so in Reih und Glied formierte Generalmitgliederversammlung angetreten war, der Verbandsobmann Coler seiner Truppe von der Herrlichkeit des Nationalsozialismus berichtet hatte und das Horst-Wessel-Lied gestiegen war, durften die Berliner Buchdrucker wieder nach Hause wandern. „Recht, weggetreten, die Mitglieder-generalsversammlung ist aus.“

Wir würden zur Vervollständigung künftiger General-versammlungen und zur Belebung der Mitgliederparade noch folgende Befehle im Anschluß an den Bericht des Verbandsleiters vorschlagen: „Achtung Mitgliedschaft, erteilt Entlastung, Hände hoch.“ „Entlastung ist erteilt. Rührt Euch.“

Geheimnis um Thälmann und seine Mitgefangene Englische Delegation wird nicht vorgelesen

Berlin, 10. Mai. (Znpres.) Die englische Delegation, bestehend aus bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Englands — Carl of Vistowel, Mitglied des Oberhauses; seiner Frau; der Schriftstellerin William Ellis und dem Rechtsanwalt Venabue —, die sich nach Berlin begeben hatten, um Thälmann, Diefel, Torgler, Neubauer, William, Rechtsanwalt Litten sowie Frau und Kind Gerhart Zegers und einige in Konzentrationen internierte Geistliche zu besuchen, ist wieder abgereist, ohne zu den Gefangenen vorgelassen worden zu sein.

Während die Delegation sich fünf Tage in Berlin aufhielt, hat Lord Vistowel nicht einmal Antwort auf seine an den Justizminister Gärtnner und den Chef der Geheimen Staatspolizei, SS-Führer Himmler, gerichteten offiziellen Briefe erhalten, in denen er um Besuchserlaubnis nachsuchte. Von nationalsozialistischen parteiamtlichen Stellen wurde der Delegation versichert, daß ihr die Möglichkeit einer Begegnung mit Ernst Thälmann und anderen politischen Gefangenen gegeben werden würde. Am Montag, dem 14. Mai, wurde Lord Vistowel von dieser Seite jedoch verständigt, die gewünschte Begegnung könne erst in 10 Tagen stattfinden. Man muß fragen, was in diesen 10 Tagen geschehen sollte. Sollte man Zeit gewinnen, um die Spuren von Mißhandlungen zu beseitigen? Sollten die politischen Gefangenen, bevor sie von der englischen Delegation besucht wurden, in andere Gefängnisse transportiert

werden, damit vorgelesen werde, daß diese Häftlinge, für deren Lage sich die internationale Öffentlichkeit interessiert, würdig untergebracht sind? Es gibt keine andere Erklärung für das Verhalten der amtlichen nationalsozialistischen Parteistellen als die, daß die offiziellen Stellen in Hitlerdeutschland eine Begegnung fürchten, die die Wahrheit über das Schicksal der politischen Gefangenen ans Licht bringen könnte. Die Haltung der Regierung, und Parteistellen bestätigt, daß es über die Lage der politischen Gefangenen etwas zu verbergen gibt, und es kann sich nur darum handeln, vor der öffentlichen Meinung zu vertuschen, daß die Häftlinge unmenschlicher Behandlung unterworfen sind oder sogar, wie im Falle Ernst Thälmann erwiesen ist, gefoltert werden. Die Behandlung, die die englische Delegation erfahren hat, beweist, in welcher Gefahr sich die politischen Gefangenen befinden. Insbesondere Thälmann, für den die Nazipresse jetzt schon offen die Todesstrafe fordert, ist un-mittelbar aus schwerster Gefahr.

Die englische Delegation, die auf Grund der öffentlichen Äußerungen der Parteistellen und der Tatsache, daß weder Gärtnner noch Himmler es für nötig erachtet haben, aus-werksam an sie gerichtete Briefe zu antworten, nach London zurückgekehrt ist, wird in einer groß angelegten Kampagne die öffentliche Meinung Englands über die Gefahr, in der sich Thälmann und alle politischen Gefangenen befinden, aufklären.

Revolverversüsse auf Brüning?

Die Netze gegen den Zentrumskanzler

Der Kopenhagener Vertreter des „Neuen Wiener Journal“ dröhrt seinem Blatt: „Wie ich soeben von einem hier eingetroffenen führenden Mitglied der Berliner SA. erfuhrt, ist in der vorigen Woche in Berlin ein Revolvertentat auf den ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning verübt worden. Der Täter, ein SA-Mann, hat auf den ehemaligen Reichskanzler zwei Schüsse abgegeben, die jedoch beide ihr Ziel verfehlten. In den Kreisen der Berliner SA. gibt man un-verborgen seinem Bedauern über das Mißlingen des Attentats Ausdruck, während die Berliner Regierungskreise das Attentat verurteilen sollen.“

Auf Brüning sind bereits mehrfach von aufgebeigten SA-Leuten Attentate unternommen worden, wobei ihm sogar erhebliche Verletzungen zugefügt wurden, so daß er seinerzeit ein Krankenhaus aufsuchen mußte. Auch das letzte Attentat

beweist von neuem, wie wenig die Berliner Regierung ihre verdorbenen SA-Leute noch in der Hand hat.“

Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning hat sich in den ersten Monaten der Kanzlerschaft Hitlers in einem katholischen Krankenhaus aufgehalten. Eine Gruppe von nationalsozialistischen Ärzten stellte aber ein Ultimatum, sie würden ihren Dienst aufgeben, wenn der „Landesverräter“ nicht aus dem Hause verschwinde. Brüning ist darauf zu Freunden in einem Vorort Berlins gezogen, wo er ohne jede politische Betätigung lebte.

In den Zeitungen und in Reden haben nationalsozialistische Führer immer wieder gegen Brüning gehetzt. Besonders gefährlich ist es der Oberpräsident von Brandenburg, Lubke. Es wäre sehr begrüßenswert, wenn so aufgebeigte SA-Leute sich hätten zu Gewalttaten hinreißen lassen.

Wieder 300 Pfarrer abgesetzt

In der vergangenen Woche wurden von der obersten Kirchenbehörde der evangelischen Kirche erneut dreihundert oppositionelle Pfarrer abgesetzt. Diese Maßregel hat in den kirchlichen Kreisen gewaltige Aufregung hervorgerufen. Man erblickt in ihr den Beweis dafür, daß die Friedensredender des Reichsbischofs Müller nur taktischer Natur waren. Müller hat vor kurzem neue Reden gehalten, die kämpferischer waren als je zuvor. Sie wurden in Berlin von einigen gemäßigten Pfarrern in überfüllten Versammlungen ebenso leidenschaftlich beantwortet. Einige dieser Versammlungen wurden von Beamten der Gestapo aufgelöst.

Auch einer Tagung der freien Synode von Berlin-Brandenburg wurde von der Polizei ein gewaltsames Ende bereitet. Der Führer des Berliner Pfarrers-Verbandes, der vor einigen Monaten von der SA. schwer mißhandelt wurde, Jakob J. erwählte in seiner Ansprache den Namen Hitler. Ein anwesender Beamter der Geheimen Staatspolizei unterbrach ihn mit der Bemerkung, daß der Reichskanzler nicht in Zusammenhang mit kirchlichen Streitigkeiten genannt werden dürfe. Schließlich wurde die Versammlung von der Polizei aufgelöst — selbstverständlich in dem Augenblick, wo ein Redner von einem Bilde Hitlers sprach, das in der Kirche über den Altar aufgehängt werden sollte. Derartige Anregungen gehen jetzt vielfach von Seiten der deutschen Christen aus. Überall möchte man jetzt die Gotteshäuser mit solchen Porträts „schmücken“.

Besonders heftig ist die Opposition gegen den Reichsbischof in Westfalen. Der Präses der westfälischen Bekenntnissynode, Koch, hat in einem Briefe den Reichsinnenminister zum sofortigen Einschreiten geordert, um den offenen Kirchenbruch zu vermeiden. Er forderte die Wiederherstellung der vom Reichsbischof hundertfach verletzten Kirchenverfassung, Widerruf aller Disziplinarurteile, Aufheben jeder staatlichen Einmischung ins kirchliche Leben. Von allen Seiten wird die Position des Reichsbischofs, dessen Autorität immer weiter gesunken ist, beantragt.

Ein besonderes Augenmerk richtet die Geheime Staatspolizei auf die jetzt vielfach abendarmten und sehr stark beschützten Versammlungen der inneren Mission. Man erblickt in ihnen unkontrollierbare Widerstandscenter. Vier vom Zentralauschuß der inneren Mission angekündigte Vorträge in der Berliner Singakademie sind von der Geheimen Staatspolizei verboten worden.

Sehr scharfe Worte hat eine große Versammlung der

protestantischen Geistlichen Schwedens in Stockholm gegen die kirchlichen Zustände in Deutschland gefunden. Eine Entschiedenheit wendet sich gegen den Reichsbischof Müller und die Religion des Blutes. Die von den Deutschen Christen verbreiteten Lehren werden als Irreführen zum Schanden der Christenheit bezeichnet: „Wir evangelischen Christen eines Stammes verwandten Volkes haben mit Bedauern gesehen, daß die deutsche Kirchenführung jene, die ihren christlichen Glauben nicht aufgeben wollen, mit Gewaltmitteln bekämpft. Durch ein solches Vorgehen wird der Name Christi besudelt. Mit tiefer Teilnahme verfolgen wir den heldenmütigen und opferwilligen Kampf der unterdrückten Christen, die das evangelische Christentum in Deutschland verteidigen.“

Solch stammesverwandten Proteste machen auf die Deutschen Christen sowohl wie auf die Neuheiden nicht den geringsten Eindruck. Sie verfolgen die Männer, die die evangelische Freiheit bekennen und predigen, rücksichtslos weiter — bis die Kirche zerbrochen ist.

Konkordatsverhandlungen in Berlin?

Berlin, 10. Mai. Die römischen Konkordatsverhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Der deutsche Vertreter, Regierungsrat Buitmann hat dem Reichskanzler Bericht erstattet. Die Reichsregierung will noch einen letzten Versuch machen, sich mit dem Heiligen Stuhl zu einigen, angesichts der wachsenden inneren Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde verhandelt man jetzt in Berlin mit dem Bischofen Kardinal Schulte (Köln), Bischof Gröber von Freiburg und einem dritten, der nicht näher bezeichnet wird. Nach einer Meldung des Pariser „Temps“ soll die deutsche Regierung außer durch Buitmann dabel ausgerechnet durch Legation und v. Schirach vertreten sein, deren katholischenfeindliche Neigungen hinreichend bekannt sind. Aus vatikanischen Kreisen soll es sich dabei aber nicht um Fortsetzung der eigentlichen Konkordatsverhandlungen handeln, sondern nur um vorbereitende und auffüllende Besprechungen.

Zum vollständigen Konflikt mit der katholischen Kirche treten jetzt auch noch sehr stark religiöse Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Kirchen härter in den Vordergrund. Reichsbischof Müller hat jüngst davon gesprochen, daß sich in Deutschland die Verwirklichung des alten Luthertraums einer reformierten, allgemeinen deutschen Kirche vorbereite ...

Faschistischer Staatsstreich in Lettland Aufhebung aller Volksrechte

dnb. Riga, 10. Mai. Amtlich wird bekanntgegeben: In Anbetracht der Gefahr, daß innere Unruhen im Staate entstehen könnten, welche die Sicherheit der Einwohner bedrohen, wird über ganz Lettland für sechs Monate der Ausnahmezustand verhängt. Der Ausnahmezustand tritt in Riga am 15. Mai um 23 Uhr in Kraft, im übrigen Lettland am 16. Mai um 1 Uhr morgens. Allen Einwohnern, den Selbstverwaltungsbehörden ist vorgeschrieben, sämtliche Pflichten ohne Widerspruch zu erfüllen, die ihnen durch die geschlossenen Bestimmungen über den Ausnahmezustand vom Jahre 1919 auferlegt werden. Diese Verfügung ist gezeichnet vom lettlandischen Ministerpräsidenten Ulmanis und vom lettlandischen Kriegsminister General Valodis.

Der Uebergang zur autoritären Staatsführung hat sich einwickeln in aller Ruhe vollzogen. Die vorläufig noch unbestätigt verläutet, sollen in der Nacht der marxistische Parlamentspräsident Dr. Kalnis und sein Sohn, der berüchtigte deutschfeindliche Marxistenbecker Bruno Kalnis, verhaftet worden sein.

Die lettlandische Telegraphen-Agentur gibt noch ergänzend u. a. bekannt:

Zur Durchföhrung der notwendigen Maßnahmen und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung wurden noch in der Nacht auf Mittwoch außer der Polizei die Schutzwehr und Teile der Rigaer Garnison eingesetzt. Eine Reihe von öffentlichen Gebäuden wurde besetzt, auch das Parlament wird von Militär bewacht. Die Bahnhöfe, die Post, die Telegrafien und die Fernsprechanlagen sind besetzt. Der Fern- und Telegrafienverkehr war von 12 Uhr nachts bis 8 Uhr morgens unterbrochen. In den Straßen Riga sieht man bewaffnete Patrouillen von Polizei und Militär, auch Panzerwagen fahren durch die Stadt.

Eine größere Aktion wurde vom Militär im Bezirk des marxistischen Volkshauses durchgeführt. Auf diesem Hause sah man zum erstenmal statt der roten Fahne die rot-weiß-rote lettlandische Staatsflagge wehen.

Der Sonderbericht des Ministers Morize

Die gleichgeschaltete Justiz - Ein erschütterndes Dokument

Der 57. Vierteljahresbericht der Regierungskommission an den Völkerbund über die Lage im Saargebiet wurde gestern veröffentlicht. Dem Bericht schließt sich ein Sonderbericht des Mitgliedes der Regierungskommission Morize an, der in Genf allgemeines Aufsehen erregt, weil er klipp und klar die unhaltbaren saarländischen Justizverhältnisse beleuchtet. Wir bringen hier den 1. Teil des Berichtes zur Veröffentlichung nach dem Amtsblatt der Regierungskommission.

Das französische Mitglied der Regierungskommission hat den Wunsch geäußert, dem Vierteljahresbericht folgende Bemerkungen anzufügen:

„Obgleich ich die Ehre habe, seit acht Jahren Mitglied der Regierungskommission zu sein, habe ich noch niemals von dem einem jeden Mitgliede zuerkannten Recht, den an den Hohen Rat gerichteten Bericht einen eigenen Bericht beizufügen, Gebrauch gemacht. Ich bin immer noch der Meinung, daß die Autorität der Vertreter des Völkerbundes im Saargebiet durch eine öffentliche und häufige Befassung persönlicher Ansichten geschwächt werden könnte, und daß dem Grundgedanken der Gesamtverantwortlichkeit Opfer gebracht werden müßten. Persönlich habe ich in den letzten Monaten deren mehrere auf mich nehmen müssen, die mir peinlich waren.“

Nachdem ich indessen in einer Frage von außerordentlich hoher Bedeutung vergebens versucht habe, die Regierungskommission zu bewegen, den meines Erachtens bedauerlichen Zuständen abzuhelfen, kann ich nicht länger hierzu schweigen.

Es handelt sich nämlich um ein Gebot - die Justiz - auf welchem die Bewohner eines im Namen des Völkerbundes und durch dessen Beauftragte regierten Landes, das zudem Abhängigkeitsgebiet ist, vollste Sicherheit haben müßten. Mit Bedauern muß ich jedoch feststellen, daß seit über einem Jahre ein Teil der Bevölkerung kein Vertrauen mehr in die Unparteilichkeit und Gerechtigkeit der lokalen Gerichte hat: ich muß hinzufügen, daß ich persönlich - der ich besser als viele die Lage übersehen und auch ungehindert meine Meinung äußern kann - diesen Verlust in gewissen Fällen für berechtigt halte.

Zum besseren Verständnis der folgenden Ausführungen sei erwähnt, daß durch den Friedensvertrag von Versailles die im Saargebiet bestehenden Zivil- und Strafgerichte beibehalten wurden unter Einsetzung eines Gerichtshofes für die Zivil- und Strafsachen, der die Berufungsinstanz für die vorerwähnten Gerichte zu bilden und auf den sachlichen Gebieten zu entscheiden hat, für welche diese Gerichte nicht zuständig sind. Daraus folgt, daß die Amtsgerichte und das Landgericht sowie die ersatzweise Staatsanwaltschafts-Landgerichte sowie die ersatzweise Staatsanwaltschafts-Landgerichte ausschließlich mit deutschen Beamten besetzt sind, die der Regierungskommission durch die preussische oder bayerische Regierung zur Verfügung gestellt wurden. Allein der Oberste Gerichtshof ist international zusammengesetzt.

Niemand wird bestreiten wollen, daß die radikalen Änderungen, die seit über einem Jahr im deutschen Recht, insbesondere im deutschen Strafrecht und der Rechtsprechung der deutschen Strafgerichte, sowie in der Organisation und Tradition der deutschen Richterschaft eingetreten sind, auf gewisse deutsche Richter an der Saar einen tiefgehenden Einfluß ausgeübt haben, dessen Folgen schwerwiegender Natur sind.

Die Ereignisse, die sich seit Januar 1933 in Deutschland abgepielt haben, hatten auf die innere Lage im Saargebiet eine Rückwirkung, die dem Hohen Rat nicht unbekannt ist, da sie zu zahlreichen ausführlichen Berichten der Regierungskommission Anlaß gegeben hat. Letztere hat bereits im Mai 1933 auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Beamten, unter Einfluß der Richter, Zusicherungen für ihre Zukunft zu geben, und der Hohen Rat, dem sie die Angelegenheit vorgelegt hatte, hat eine Entschließung in diesem Sinne gefaßt. In welcher Stimmung mögen sich Richter und Staatsanwälte befinden, die vor die Frage gestellt sind, ob sie nicht in einigen Monaten bei ihrer Heimatregierung um ihre Rückübernahme werden nachsuchen müssen, oder denen bekannt ist, daß im Reich die Garantie der Unabsehbarkeit aufgehoben ist und drakonische Maßnahmen zur „Säuberung“ der Beamtenschaft und des Richterstandes getroffen wurden? Sie machen sich um ihre zukünftige Laufbahn und um das Los ihrer Familien begreifliche Sorgen. Um vollkommen unabhängig zu bleiben, müßten sie eine wahrhaft heroische Seelenstärke aufbringen.

Das trifft um so mehr zu, als sie, wie die ganze Saarbevölkerung, unter einem schrankenlosen Druck gehalten werden, der von keinerlei Strupel gebremst ist und vor keiner gleichwie gearteten Bedrohung zurückweicht.

Der Hohen Rat ist davon durch verschiedene Eingaben unterrichtet worden, und die ihm vorgelegten Schriftstücke haben ihm erlaubt, sich eine Meinung darüber zu bilden. Nun gehören die saarländischen Richter einer gesellschaftlichen Schicht an, bei welcher diese Mängelhaftigkeiten einen besonders günstigen Boden finden: durch ihre Beziehungen, ja selbst durch Familienbande, gehören sie eben den Kreisen an, welche diese Mängelhaftigkeiten veranlassen oder begünstigen. Die Regierungskommission mußte feststellen, wie wenig sie sich auf die lokale Polizei verlassen könnte: kürzliche Vorkommnisse haben die Befürchtungen bekräftigt, denen sie meines Erachtens in viel zu verbältnisloser Form Ausdruck gegeben hat. Aber gerade in einem Lande, in dem die Polizeikräfte nicht genügend zuverlässig sind, müßten die Richter psychologisch wie materiell vollkommen unabhängig sein.

Ein Punkt verdient besondere Beachtung. Die saarländischen Richter haben an deutschen Universitäten studiert: sie lesen die im Reich gedruckten Rechtsbücher und Zeitschriften, sie sind von den dort vorherrschenden Lehrmeinungen durchdrungen und von Natur aus geneigt, diesen in ihrer Entscheidung zu folgen. Nun ist das nationalsozialistische Rechtssystem kein Mythos. Seine Grundbegriffe sind leicht faßlich formuliert. Im Volk und im nationalen Interesse erblicken sie die Quelle jeden Rechts. Diese Grundbegriffe treten an die Stelle derjenigen, die bisher die Grundlage der Gesetzgebung aller europäischen Staaten abgaben. Sie werden seit über einem Jahr von der deutschen Rechtsprechung angewandt. Eine solche Lehre, die nach und nach die saarländischen Richter erfaßt, ist aber in einem Abstimmungsgebiet besonders gefährlich. Welche Garantien können die Rechtsuchenden bei Gerichten finden, deren Richter - deutsche Richter und Staatsangehörige - von dem Gedanken besetzt wären, daß nur das deutsche Volk und seine nationalen Belange für die Rechtsfindung ausschlaggebend seien?

Das Gefühl der Unsicherheit ist so groß, daß ich

Fälle aufzählen könnte, in denen Saareinwohner, besonders Franzosen, die geschädigt oder mißhandelt worden waren, es trotz Aufforderung vorzogen, keine Klage zu erheben.

Dit haben leider Tatsachen diesem Mißtrauen Recht gegeben, das durch die Lage der saarländischen Richter, durch den auf alle Saareinwohner ausgeübten Druck und durch die Verkündung des sogenannten „nationalsozialistischen Rechts“ im Reich bedingt ist. Ich kenne nicht alle Fälle. Man weiß überdies, wie leicht es ist, in Gesetzbüchern oder Prozeßordnungen Scheingründe zu finden, um diese oder jene Entscheidung zu rechtfertigen, und wie weitgehend das richterliche Ermessen ist. Dazu kommt, daß die hiesige Prozeßordnung die vollständige Niederschrift der Gerichtsverhandlungen nicht vorschreibt. Es ist somit nicht immer leicht, den genauen Wortlaut von Aussprüchen festzulegen, die ein Richter oder Staatsanwalt getan hat: zudem wird man verstehen, daß nur wenige Zeugen den Mut aufbringen über eine sprachliche Entgleisung eines richterlichen Beamten auszusagen. Wenn ich im folgenden einige Beispiele anführe, so will ich damit nicht unbedingt verallgemeinern. Die

Beispiele

aber, die ich geben werde, genügen, um den Argwohn vieler Saareinwohner den Gerichten des Saargebietes gegenüber zu erklären.

Ein Landgerichtsdirektor, der bis zum 31. Dezember 1933 Vorsitzender der Strafkammer war, mußte Neuerungen, die er während einer Verhandlung in dieser Eigenschaft gemacht hatte und in deren Verlauf von Ritualmorden die Rede war, die den Juden angebracht werden, wenn nicht widerrufen, so doch richtigstellen und erklären. Es tut nicht gut, wenn ein Gerichtsvorsitzender dahin gebracht wird, sich an die Presse zu wenden, um sich dagegen zu verteidigen, daß er eine unzulässige Sprache geführt hat. Der Antisemitismus, der an den Saargrenzen wütet und der sogar in eine gewisse Gesetzgebung eingedrungen ist, müßte von den Gerichten eines Landes vollständig ferngehalten werden, das vom Völkerbund verwaltet wird. Dies ist aber nicht der Fall. Mit Stunnen las ich in einem alltäglichen Scheidungsurteil, das zwei Ehegatten jüdischer Religion betraf, folgende Begründung: „Unter Juden spielt in allen Dingen des Lebens die Geldfrage eine besonders wichtige Rolle.“

Ein weiteres Beispiel sei noch erwähnt, immer aus dem Gebiet der zivilen Rechtsprechung. Im Monat Februar 1933 teilte ein Amtsrichter, offiziell und in Ausübung seines Amtes, einem Einwohner des Saargebietes mit, daß er seine Kinder, welche die französische Domantialschule besuchen, von dieser Schule abmelden soll: „In der Nichtbefolgung dieses Erlasses, schreibt er, müßte in mehrfacher Hinsicht ein Mißbrauch des Personenfortbewegungsrechtes für die genannten Kinder erblickt werden, der die Entziehung dieses Rechtes zur Folge haben würde.“ Einige Tage vorher soll der

selbe Richter dem betreffenden Saareinwohner gesagt haben: „Wenn bis Ostern Ihre Kinder nicht aus dieser Schule herausgenommen sind, werde ich Sie als Deutscher verurteilen.“ Ich habe diese Worte nicht gehört, aber ich habe den oben erwähnten Brief gesehen, wie ich auch ein späteres Schreiben desselben Richters gesehen habe, der sich gezwungen sah - auf Veranlassung der Justizverwaltung - dem Familienvater zu schreiben: „Die in dem hiesigen Schreiben vom ... Februar 1933 erfolgte Androhung der Entziehung des Personenfortbewegungsrechtes für den Fall der Nichtabmeldung Ihrer Kinder von der französischen Domantialschule wird zurückerzogen, da für die Durchführbarkeit der androhten Maßnahme ernüchternde Zweifel bestehen.“ In diesem Falle sind mir Unterlagen bekannt geworden: aber in wievielen Fällen bleibt von solchen Drohungen kein schriftlicher Nachweis, und wie selten haben die Betroffenen den Mut, Klage zu erheben!

Ist es nicht im übrigen unglücklich, daß ein Richter ungesetzlicher Weise - er muß es selbst zugeben - einen Vater mit der schweren Strafe der Entziehung der erteilten Gewalt zu ausschließlich politischen Zwecken bedroht? Geht man von den Zivilkammern zu den Strafkammern über, so werden die Fälle zahlreicher. Nächstend ein kürzlich vorgekommener Fall:

Gegen Ende des Monats März dieses Jahres wurden drei Kommunisten auf frischer Tat wegen Verteilung von Flugchriften politischen Inhalts überrascht. Man fand sie gleichfalls im Besitz von Beitrittsformularen zu einer kommunistischen Vereinigung, dem „Roten Frontkämpferbund“. Diese Vereinigung ist nicht verboten. Die drei Kommunisten wurden nichtsdeshalb wegen der Mitgliedschaft zu einer verbotenen Vereinigung verurteilt, einer zu 6 Monaten, die anderen zu 3 Monaten Gefängnis. Dazu wurden sie auf der Stelle in Haft genommen. Auf Einspruch der Angeklagten ordnete eine andere Strafkammer desselben Saarbrücker Gerichts die Haftentlassung an mit der ausdrücklichen Feststellung, daß eine Vermutung für die Mitgliedschaft der Angeklagten zu einer verbotenen Organisation nicht vorliege. Inzwischen hatten aber die drei Angeklagten 8 Tage in Untersuchungshaft verbracht. Der Vorsitzende der Kammer, die diese sonderbaren Urteile fällte, ist derselbe, der sich nicht schente, in öffentlicher Gerichtsverhandlung von Ritualmorden zu sprechen.

Ein anderes Beispiel: ein erst vor kurzem verhandelter Beleidigungsprozeß, der von dem Direktor einer französischen Domantialschule gegen ein Lokalblatt angehängt worden war. Der Staatsanwalt der, wie allgemein bekannt, der nationalsozialistischen Partei beigetreten ist - vernimmt in brutaler Weise einen von dem Nebenkläger geladenen Jungen und fragt ihn, welcher politischen Partei er angehört. Seine Anklage ist eine Beleidigungsrede für den Angeklagten: „Der Nebenkläger und der Zeuge G. gehören jener Kategorie von Menschen an, die mit der Ruhe, die augenblicklich im Saargebiet herrscht, nicht zufrieden sind. G. ist kein alter Deutscher, weil er in die saarländische Wirtschaftsverwaltung eingetreten ist. Der Angeklagte hat aus den edelsten Beweggründen gehandelt: er hatte das Recht, die deutsche Bevölkerung auf die Mangelhaftigkeiten des Nebenklägers aufmerksam zu machen.“ Zum Schluß beantragt der Vertreter der öffentlichen Anklage eine geringfügige Strafe. Das Gericht verhängt eine etwas höhere als die beantragte Strafe.

Genf - von Saarfragen beherrscht

Die Stimmung gegen den Terror verschärft sich ... Die „deutsche Front“ lehnt alle Garantien für die Zeit nach der Abstimmung ab ...

Ein Datum nicht festgelegt Die Freiheitsfront berichtet

Genf, 15. Mai 1934. (Eigener Drahtbericht.)

Die Delegation der saarländischen Freiheitsfront, bestehend aus dem Chefredakteur Max Braun und dem Landesratsabgeordneten Heinrich Pieser, Homburg wurde heute von dem Bearbeiter der Saarfrage in der politischen Abteilung des Völkerbundes, dem Dänen Krabbe, empfangen, dem sie in längerer Unterredung den Standpunkt der Freiheitsfront zur Saarabstimmung eingehend darlegte. Außerdem fand heute eine Reihe von Zusammenkünften mit englischen, amerikanischen und schweizerischen Journalisten statt. In den saarländischen Interviews wurde sehr eingehend die Frage der Abstimmung berührt.

Das wesentliche Ereignis des Tages sind die Besprechungen zwischen Barthou und Aloisi, wie zwischen Barthou und Eden.

Auf der ganzen Linie hat sich die Stimmung für die Meinung verstärkt, daß unter keinen Umständen der Terror der sogenannten „deutschen Front“ weiter irgendwie geduldet werden darf. Insbesondere ist man bei der englischen Delegation der Auffassung, daß dem Terror der sogenannten „deutschen Front“ mit allen Mitteln entgegenzutreten werden muß.

Die „deutsche Front“ der Herren Pirro-Möhlung hat heute eine neue Niederlage insofern erlitten, als ihre erneut angebotene Forderung auf sofortige Festlegung des Abstimmungsdatums aber auch keinerlei Aussicht auf Erfolg hat. Der Rat wird in dieser Sitzung kein Datum festlegen, schon deshalb nicht, weil er das Datum der Abstimmung abhängig macht von dem Aufhören des Terrors der sogenannten „deutschen Front“.

Abgesehen von dem Bericht des Dreierkomitees an den Rat über die technischen Bedingungen der Abstimmung sind die wesentlichen Punkte die Garantie der unbefristeten Abstimmung und die Frage der Sicherheit nach der Abstimmung. Resultate aus diesem Gebiet sind bisher nicht bekannt. Trotzdem läßt sich feststellen, daß Barthou heute abend der Auffassung war, daß die Verständigung zwischen ihm und Aloisi wie Eden gute Fortschritte erzielt habe.

Mißglückter Presseempfang

Genf, 15. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die sogenannte „deutsche Front“ hatte heute die Presse des Völkerbundes im Hotel Richmond eingeladen, wo der Leiter der „deutschen Front“ den Journalisten ein kommunikative Übergab mit folgenden Forderungen:

1. Keine Amnestie nach der Abstimmung.

Diese ungeheuerliche Forderung wird begründet mit der Behauptung, daß sonst erst recht der Terror entseelt werde, weil die Amnestie winke. Ein solches Maß von Demagogie war selbst den nazifreundlichen Journalisten zu hart. Sie nahmen ablehnende Haltung ein und lächelten nur.

Die zweite Forderung: Keine internationale Polizei. Da die „deutsche Front“ mit ihren angeblich 99 Prozent Mitgliedern der Saarbevölkerung Ruhe und Ordnung sichere. Der Herr bewahre uns vor „anderen Freunden“.

Die dritte Forderung war, daß das Abstimmungsgericht keinerlei politische Delikte zum Aburteilen erhielte, da das ein Mißtrauen gegen die saarländische Justiz“ darstelle und „Verurteilung der Bevölkerung“ zur Folge habe.

Trotzdem sieht der technische Bericht des Dreierkomitees das bereits vor. Als eine neue Niederlage der „deutschen Front“.

Und viertens wird verlangt: Eine sofortige Festlegung des Abstimmungsdatums. Aber diese Forderung wird der sogenannten „deutschen Front“ nichts nützen, denn der Rat ist entschlossen, das Abstimmungsdatum abhängig zu machen von dem Aufhören des Terrors.

Der Pressebesuch bei Pirro war sehr schlecht und der Eindruck auf die Journalisten niederschmetternd. Der Zahlenchwandel mit den 99 Prozent der Röchling-Front ist natürlich aus neuer Ungeheuerlichkeit worden, konnte nur keinen Glauben finden. Um so weniger, als hier nur zu bekannt ist, daß in den Ziffern der „deutschen Front“ auch die Zehntausende enthalten sind, die einfach durch den Terror hineingepreßt wurden oder ohne ihr Wissen hineingenommen worden sind.

Am Donners-tag äußert sich der Völkerbund

Genf, 15. Mai. Der Völkerbundrat hat heute vor-mittag wieder in geheimer Sitzung getagt. Es werden, wie man hört, zwischen den hier anwesenden Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens eingehende Besprechungen über die Saarfrage stattfinden. Im Vordergrund steht noch immer die Frage der Garantien die von einer Lösung offenbar noch weit entfernt ist.

Heute mittag werden Barthou und Eden gemeinsam speisen. Im Laufe des Nachmittags wird Eden auch den amerikanischen Gesandten in Bern Wilson sprechen, wobei Abstimmungsfragen berührt werden dürften. Heute nachmittag soll ein Bericht nach Genf veröffentlicht werden. Gleichzeitlich mit besonderen Besprechungen 1-3 französischen Mitglieder der Saarregierung, Morize, und einer Gegenerklärung des saarländischen Mitgliedes Koff.

1) Vergl. folgenden Ausspruch:
„Recht ist, was dem Volke frommt,
Unrecht, was ihm schadet.“
Reichscharuppenleiter Dr. W. Raabe, M. d. R., Mitglied der Akademie für deutsches Recht.

man n. Man rechnet heute damit, daß die Saarfrage, soweit sie hier überhaupt verhandlungsfähig gemacht wird, erst am Freitag vor den Völkerbundtag kommt. Barthou hat die Absicht ausgesprochen, am Freitagabend schon abzureisen.

Erst im September?

Eine amtliche deutsche Tendenzmeldung

Paris, 16. Mai. In der Saarfrage zeigen sich die Blätter allgemein etwas zurückhaltender. Die Besprechungen, die Barthou in diesem Zusammenhang mit Klotz hatte, haben diesen Punkt der Tagesordnung nicht wesentlich gefördert. In den Berichten der französischen Presse erhält man den Eindruck, als ob man die Verantwortlichkeit langsam auf den Verzicht auf eine sogenannte internationale Polizei im Saargebiet oder gar den Einmarsch französischer Truppen vorbereiten will. Im übrigen ist man allgemein der Ansicht, daß die genauen Einzelheiten über den Zeitpunkt und die Art der Abstimmung erst auf der Septembertagung des Völkerbundes aufgestellt werden. Ueber diese Art der Abstimmung macht der „Petit Parisien“ einige Ausführungen. Das Blatt erklärt, Klotz haben den französischen Außenminister über die vorbereitenden Maßnahmen für die Abstimmung unterrichtet und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß nach Gemeindefürsorge oder Bezirken abgestimmt werden sollte und daß die Ergebnisse ebenso wie in Oberösterreich für jede Gemeinde oder jeden Bezirk einzeln gewertet werden sollten.

Diese Tendenzmeldungen werden durch eigene Nachrichten aus Genf richtiggestellt. Barthou hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Frankreich unter keinen Umständen an eine Festsetzung des Abstimmungsstermins denken könne und wolle, solange nicht die Reichsregierung Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes eventuellder Minderheiten eingegangen habe. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die französische Regierung in diesem Punkt fest bleiben wird. Auch das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Minister Rohmann, soll die Verwirklichung nach der Forderung solcher Garantien anerkennen.

So verleumdete sie!

Der „Emigrant Mächts“

Aus dem Bericht der „deutschen Front“ von Genf:

Die Führung der Exekutivpolizei in Saarbrücken ist dem deutschen Emigranten Mächts übertragen worden. Dieser hat als ehemaliger aktiver Offizier während des Weltkrieges wiederholt Selbstverurteilungen vorgenommen, weil er zu feige war, an der Front für sein Vaterland zu kämpfen. Diese Tatsache ist im Saargebiet allgemein bekannt, denn sie ist in öffentlicher Gerichtsverhandlung im Jahre 1930 vor dem Landgericht in Eisenach von seinen ehemaligen Kameraden beschworen worden. Dieser Mann wurde zum Vorgesetzten einer Polizeitruppe gemacht, die in der Hauptsache aus Leuten besteht, die im Kriege ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben und nun einem solchen Menschen gehorchen müssen. Das Urteil über seine Einstellung in die saarländische Polizei durch die vom Herrn Präsidenten Knorr geleitete Abteilung des Innern überlassen wir dem Hohen Rat. Freilich: Wenn man die Polizei mit Exekutivpolizei und Glementen durchsetzt, kann man die beste Truppe auf den Hund bringen und damit den Vorwand für die Herausziehung internationaler Polizei oder fremden Militärs schaffen.

Die Wahrheit:

Es liegt ein Auszug aus der offiziellen Gürentangliste vor, mit dem offiziellen Urkundenstempel der Behörden, wonach der Polizeioffizier Mächts vom 3. August 1914 bis zum 11. November 1918 als Fähnrich, Leutnant und Kompanieführer an der Front gestanden und in vorderster Linie gekämpft hat. Dem Offizier Mächts ist auf dem Schlachtfeld das Eisene Kreuz 2. und 1. Klasse verliehen worden.

Er hat teilgenommen an folgenden Gefechten und Schlachten:

Kämpfe im Ober-Eisach, Schlacht vor Ypern, Schlacht bei

Verdun, Kämpfe vor der Siegfriedsfront, Frühjahrschlacht bei Arras, Schlacht in Flandern, Sommer Schlacht in Flandern, Herbstschlacht in Flandern, Kampf in der Siegfriedsstellung, Tauffschlacht bei Cambrai, Angriffsschlacht bei Cambrai, Kaiser Schlacht im Westen, große Angriffsschlacht Frühjahr 1918 in Frankreich, Schlacht bei Soissons und Reims, Erstürmung der Höhen des Chemin des Dames, Verfolgungskämpfe zwischen Duse und Aisne und über die Besse bis zur Marne, Angriffskämpfe westlich und südwestlich Soissons, Stellungskämpfe bei Reims, Angriffsschlachten an der Marne und in der Champagne, Abwehrschlacht zwischen Soissons und Reims, Rückzugskämpfe von Peronne über Cambrai bis Mons.

Der Polizeioberleutnant a. D. Mächts ist Inhaber des silbernen Verwundetenabzeichens. Er ist in den Jahren 1914 bis 1918 dreimal verwundet worden und hat auf den gefährlichsten Posten an der Front seinen Mann gestanden.

Die Behauptung, der Polizeioffizier Mächts habe Selbstverurteilung vorgenommen, weil er zu feige war an der Front für sein Vaterland zu kämpfen, ist von A bis Z un wahr.

Das sind die Tatsachen. Um die Regierungskommission und einen der Völkervont nicht genehmen Leiter der Polizei zu diffamieren, schreien die Herren Virro, Evbacher, Köhling und Kiefer, wie der Kaiser zeigt, selbst vor den niederrächstigen Verleumdungen nicht zurück. Sie beudeln die Ehre des deutschen Offiziers, der seine Pflicht im Felde reitlos erfüllt hat, in der unverantwortlichen Weise, nur, weil dieser Mann kein Faschist ist. Und mit solch infamen Lügen überschütten sie den Völkervont!

Die Bezeichnung „Emigrant“ ist ein Ehrentitel. Sie beudet, daß derjenige, der ihn trägt, sich in Protest zum Hitler-Terror befindet und die letzten Konsequenzen daraus zög. Mächts ist in diesem Sinne aber gar kein Emigrant. Die Regierungskommission bezieht ihn, als er in Deutschland lebte, überzeugt von seiner Tüchtigkeit und seiner Energie, unbeneidlich und unbeneidlichbar die ihm aufgetragenen polizeilichen Obliegenheiten zu erfüllen.

Hakenkreuz-Patriot Dümpelmann

Zwei Jahre Gefängnis für den ehrbaren Kaufmann

Saarbrücken, 16. Mai 1934.

Wilhelm Dümpelmann, die Fierde der Saarbrücker Nazi-Bewegung, stand gestern vor der Strafkammer. Mit ihm hatte sich sein Buchhalter Fridolin Schäfer wegen gewinn-süchtiger Urkundenfälschung und Verschleiss dazu zu verantworten. Beide Angeklagten waren geständig, die Kontingenzettel aus gewinn-süchtigen Zwecken gefälscht und damit benahe das gesamte Kontingenzettel der einschlägigen Branche an die Nazifirma Dümpelmann GmbH. gebracht zu haben. Die Angeklagten sind raffiniert und sehr geschickt vorgegangen, haben andererseits aber auch leichtfertig gehandelt, indem sie in ungeheurer Ausmaße den Bezug injektierten. Der Sachverständige der Kontrollstelle des Ausfuhrhandels legte dem Gericht dar, daß die Firma Dümpelmann insgesamt nur 1105 Kilo Konfektionsware hätte beziehen können. Statt dessen aber hätte sie 13.311 Kilo Textilien bezogen, sich also einer beträchtlichen Ueberschreitung mit 12.206 Kilo schuldig gemacht. Der Sachverständige vom Schuppenband für Handel und Industrie mußte der Nazifirma Dümpelmann bezeugen, daß ihre Handlungswelt bei den benachteiligten saarländischen Firmen den größten Schaden anrichtet hätte. Dümpelmann hätte sehr hart den Nationalsozialisten herangebliesen. Die Wettbewerbsmethoden dieser Firma seien eines ehrbaren Kaufmanns nicht würdig gewesen. Außer den Sachverständigen verzichtete das Gericht auf die gesamte Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt kam zu einem ungläublich milden Antrag. Trotzdem er richtig darlegte, daß nicht nur die saarländischen Konfektionsfirmen, sondern auch die deutschen Exportfirmen großen Schaden erlitten hätten und das deutsche Ansehen durch den Nationalsozialisten Dümpelmann aufs Schwerste gefährdet worden sei, beantragte er nur 10 Monate Gefängnis für den Nazi-Schwindler, während Schäfer mit 8 Monaten davonkommen sollte. Das Gericht ging erheblich über diesen Antrag hinaus und verurteilte Dümpelmann zu zwei Jahren, Schäfer zu einem Jahr Gefängnis. Dümpelmann kann von Glück sagen, daß er nicht Jude oder Marxist ist und dann nicht im „Dritten Reich“ abgerichtet worden ist. Fünf Jahre Zuchthaus wären mindestens für ihn herausgekommen.

„Es ist ein Glaubenskampf...“

Das katholische „Vaterland“ in Luzern, das sich konservatives Zentralorgan für Luzern und die Mittelschweiz nennt, schreibt zum Kulturkampf in Hitler-Deutschland (Nr. 44):

„Im Dritten Reich wird der Versuch gemacht, die Katholiken allmählich der katholischen Kirche zu entfremden, und zwar durch Einflößen einer nationalsozialistischen, die Glaubenslehre ausschließenden Weltanschauung, durch Abwertung der Kirche von der Öffentlichkeit, durch Verhöhnung und innere Zerfegung aller katholischen Jugendverbände, denen ein öffentliches Auftreten unmöglich gemacht wird durch einen angeblich politischen Kampf gegen die „Schwarze Pest“, der in Wirklichkeit sich

gegen die religiöse Mission der Kirche

wendet. Bischöfliche Belehrungen kommen entweder nicht für ganz Deutschland an die Öffentlichkeit, so daß sie nur einem verhältnismäßig kleinen Kreise bekannt werden, oder sie werden bagatelisiert, wie es z. B. bei den bischöflichen Erklärungen zum Sterilisationsgesetz der Fall war. Da wurde einfach amtlich mitgeteilt — und auch die katholische Presse mußte diese Mitteilung bringen —, daß es sich nur um eine Wahrung der kirchlichen Doktrin handle, die an der staatlichen Praxis nichts ändere. Konfession und Berufung auf das „positive“ Christentum dienen dazu, um den Katholiken den Kampf zu erschweren und die wahre Lage zu verschleiern. In ihrem Schutze wird die Ministerarbeit gegen die Kirche geführt. Wenn Rosenberg erklärt, der Nationalsozialismus kämpfe nicht gegen Dogmen, so ist damit nicht eine Toleranz gemeint, sondern die Ueberzeugung ausgesprochen, daß das Dogma und die Kirche absterben werden, da die gesamte Öffentlichkeit vom Nationalsozialismus und seiner Propaganda beherrscht werde. Denn es handelt sich bei dem von Rosenberg angeführten geistigen Kampf

um einen höchst einseitigen Kampf:

die katholische Stimme kann sich nicht so hören lassen wie etwa die von Rosenberg, denn das Radio und die gesamte Presse zur Verfügung stehen gegen Geistliche, die sich von der Kanzel äußern, hilft der Kanzelorganismus und die Anklage, daß sie politische Hebe trieben; den katholischen Verbänden wird die öffentliche Betätigung untersagt, ihre Mitglieder werden benachteiligt; bei der Hochschulkreise wird zuerst z. B. die Inanspruchnahme zur Hitlerjugend, SA. oder SS. bewertet, sie ist wichtiger als der Stand des Wissens.

Die deutschen Katholiken sind von der Öffentlichkeit abgesperrt und eine mächtige Propaganda sucht sie einzuschläfern, aber trotz allem lebt in ihnen der Glaube, daß sie auch diesen Glaubenskampf siegreich bestehen werden. Denn es handelt sich wirklich um einen Glaubenskampf. Der Nationalsozialismus ist eine Religion und eine Gegenkirche, die sich

mit Mitteln der List und der Irreführung

durchzusetzen sucht. Ein Zerreißen der feingewebten Schleier würde zwar vielleicht zu einem offenen Konflikt führen, aber von vielen Katholiken doch bestritten werden, denn dieser Konflikt kommt doch. Heute würde sein Ausbrechen noch auf ein frisches Heer stoßen, während die nationalsozialistische Politik dahin geht, ihn mit Hilfe von Verhandlungen und Verzögerungen erst dann ausbrechen zu lassen, wenn die Vermüdungstaktik Erfolge aufzuweisen hat.“

Die festgenommenen drei Entführer des Petroleummagnaten Gottle sind bereits 24 Stunden nach ihrer Verhaftung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden. Die Verbrecher bekannten sich schuldig, da sie andernfalls bei ihrer Ueberschreitung durch das Gericht zum Tode durch den Strang hätten verurteilt werden können.

Die tägliche Morddrohung

Saarbrücken, 16. Mai.

Der Führer der Freiheitsfront, Max Braun, erhielt einen Brief mit dem Poststempel in Saarbrücken, der folgenden Wortlaut hat:

An den Landesverräter und Separatisten

Max Braun!

Wenn es Dir auch heute noch möglich ist, das deutsche Saargebiet zu verraten, und in Genf Deine Verbrecherpläne zu propagieren, so sind Deine Tage schon gezählt. Leider kannst Du noch unter dem Schutze der fremden Pottentottenregierung an der Saar Deinen Volksverrat betreiben.

Nicht lange mehr sehen wir Dir gemeiner Schuft und Lump tatelos zu. Deine Angel ist schon abgeissen und wird Dich auch bald erreichen. Bis 1935 ist uns zu lang und Dein Verrat zu groß. Wenn der Völkervont und seine Vertreter in der Regierung nochmal nach Genf gehen, bist Du schon den gleichen Weg wie Dein Verbrechervorbild und Separatistenschweine Heinz Orbis vor zehn Jahren gegangen. Verschwinde am Besten sofort nach dem Festen und hole Deine Verbrecherkompagne Knorr und Heimbürger mit. Wir brauchen Euch landfremdes Gesindel nicht in unserer Saarländerei. Du Irrendlummer wirst gefüllt. Max Braun verrecke!!! Saarländerei erwache!!!

Heil Hitler!

Der Marxismus ist tot

Der Marxismus ist lebendig

Plakatsäulen, Häuserwände und andere für amtliche Anschläge geeignete große Flächen sind im „dritten Reich“ nach wie vor von Wichtigkeit. Es ist wieder ein „Marsch auf dem deutschen Arbeitsfront“ angekündigt. Die Arbeiterquartiere werden besonders stark mit Plakaten bedacht. Da schrieben sich Erwerbslose in dichten Reihen auf das Gebäude eines Arbeitsamtes vorwärts. In Riesenreihen leuchteten ihnen ein Plakat von der hohen Wand des Arbeitsamtes entgegen. Der Ruf zur Teilnahme am Marsch endet mit den Worten:

„Der deutsche Arbeiter ist von der Funktion des Marxismus befreit, Holz markiert er mit Adolf Hitler, unserem heiligsten Führer, ins Dritte Reich. Der Tag für Freiheit und Brot bricht an. Der Marxismus ist tot.“

Doch kaum hat unser Erwerbslosen-Berichterstatter das Auge von der auf grellrot farbigem Plakat gedruckten Todesanzeige des Marxismus abgewandt, da nimmt schon ein dicht daneben befindliches weißes Plakat den aufmerksamen Beschauer wieder in Anspruch. Er liest die polizeiliche Bekanntmachung:

„Auch hier im Industriegebiet stehen die roten Untermenschen wieder auf ihren Köpfen, in die sie sich vor der heiligen Revolution gekümmelt hatten.“

Zeit einigen Tagen verlieren sie wieder ihre schmutzigen Subtilitäten und versprühen ihr Gift gegen unsere herrlichen Führer und die unergleichen SA. und SS. Wer ein solches Flugblatt annimmt oder liest, wird mit Zuchthaus bestraft. Gegen die Verteiler solcher Schmutzblätter ist Polizei, die SA. und die SS. berechtigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.“

Der Marxismus ist lebendig — es läßt sich nicht ablegen!

„Die deutsche Revolution“

Prognosen Otto Strassers

AP. Prag, 16. 5. Erstmalig ist hier die neue Wochenzeitung von Otto Strasser „Die deutsche Revolution“ erschienen. Sie knüpft an ihr früheres Erbe an und bezeichnet sich als im 9. Jahrgang lebend. Das Blatt verweist zunächst darauf, daß es vor 15 Monaten Hitler als den deutschen Kerenski bezeichnet habe und daß alle Prognosen Otto Strassers eingetroffen seien. Auf diese Wronde würden die Jakobiner der deutschen Revolution folgen. Dr. Strasser verweist darauf, daß die heutige nationalsozialistische Bewegung durch liberale „Überfremder“ worden sei. Der eigentliche Nationalsozialismus sei das Werk einiger norddeutscher Theoretiker und gebe auf den Kreis um den Kampf-Berlag zurück, der die große Konzeption Müller von den Grund politisch lebendig gemacht habe, und Müller von den Grund sei ein ausgesprochener Gegner Hitlers gewesen. In einem weiteren Artikel wird die deutsch-polnische Freundschaft als trügerische Seifenblase bezeichnet und darauf hingewiesen, daß sich hier die charakteristische Halbheit offenbare. Einerseits habe man nicht den Mut, klar und deutlich den Korridor zu fordern, andererseits habe man auch nicht die Entschlossenheit, eindeutig den Verzicht auf dies Gebiet anzusprechen. In einem Falle fürchte man sich vor der Meinung der Welt, in anderem lebe man in Angst vor der Dynamik des Nationalsozialismus. Und aus dieser Angst vor der Entscheidung jongliere man nach beiden Seiten.

„Bedenklich“

Der Schwarm der Geschäftemacher

Bei einer kritischen Betrachtung über die unerwünschte Vermengung nationalsozialistischer Symbole mit der Geschäftstätigkeit wird in einer Veröffentlichung der „deutschen Arbeitsfront“ hervorgehoben, daß eine derartige Handlungswelt einen Mißbrauch darstelle, der nicht scharf genug gegetzt werden könne. Für den ehrbaren, deutschen Kaufmann müsse es heute eine Selbstverständlichkeit sein, daß er bejahend zum neuen Staat stehe. Ein besonderer Hinweis, der gleichzeitig als wirtschaftliches Werbemittel gedacht sei, bringe den Geschäftsmann allzu leicht in den Ruf des Konjunkturpolitikers und lasse den Verdacht aufkommen, daß die Gesinnung kritisiert sei. Firmenbezeichnungen mit den Beinamen „deutsch“ oder „vaterländisch“ oder „national“, soweit nicht ihr Bestimmungszweck in Ausnahmefällen den Vermerk rechtfertige, müßten ebenfalls in diesem Zusammenhang als bedenklich genannt werden. Derartige Hinweise erwecken bei oberflächlich denkenden Menschen den Eindruck, als wären Konkurrenzunternehmen oder deren Inhaber politisch weniger zuverlässig.

Kaiser Nero gibt Redefreiheit

Eine nichtantike Fabel

Kaiser Nero trat vor den Senat,
Glättete seiner Toga Falten
Und sprach: „Ihr Väter, es ist in der Tat
Nicht mehr auszuhalten!
Was auch geschieht im weiten Reich,
Ihr plärrt das gleiche:
„Scipio war ein Latrinenspüler,
Cäsar ein Unteroffizier,
Homer ein sitengebliebener Schüler!“
— Ja, so sprecht ihr —
„Gegen des Kaisers geweihte Person!“
Das geht auf die Nerven,
Es ekelt mich schon.
Darum: bitte, sich einzuschärfen:
Damit ihr fortab amüsanter seid,
Gebe ich Redefreiheit!
Ich lade Euch alle ein zur Kritik,
Natürlich will ich nur positive,
Nicht die hemmungslose, laszive
Wie in den Zeiten der Republik.
Um, was ich meine, aufzuhellen
Werde ich gleich ein Thema Euch stellen:
Sagt jetzt in voller Offenheit,
Womit Ihr unzufrieden seid!“

So Nero. Sein Fettgesicht glänzte von Schmalz,
Er grinste freundlich von Ohr zu Ohr.
(Bei Hofe wußte man: Bestenfalls
Stand jetzt ein Todesurteil bevor.)
Natürlich tönte ringsum Applaus,
Darauf nämlich hielt Nero sehr,
Doch dann war es aus.
Die Rednertribüne blieb gähnend leer
Und was der Kaiser auch winkte und drohte,
Es meldet sich endlich nur der devote
Petronius und sprach von seinem Play
Unbewegten Angesichts
Den einen Satz:
„Herr, wir sind unzufrieden — mit nichts.“

Doch Nero: „Du hast mich nicht begriffen.
Ist das die verlangte Offenheit?
Heraus, womit unzufrieden Ihr seid,
Und nicht nur Lippen gespißt — gepiffen!“

Da sah man den greisen Marull sich erheben:
„O Göttlicher, der Du uns Freiheit gegeben

So sei mir ein offenes Wort gewährt:
„Gern brüchten wir Senatoren
Manchen Mißstand Dir zu Ohren,
Leider wird es uns arg ershwert.
An jeder Türe Deines Palastes
Halten die Prätorianer Wacht
Und des ungeladenen Gastes
Wird nur in seltenen Fällen geacht.“
Hat sein Begehren man protokolliert,
Und die Kleider ihm visitiert,
Kommt er in eines der Wartezimmer,
Wo die letzte Hoffnung erlischt,
Einige Hundert harren dort immer.
Glücklich, wer Deinen Schreiber erwischt.
Doch Dich selber von Angesicht — — —“

Weiter im Satz kam Marullus nicht
Denn wie ein Krater, den der Druck
Ueberkochender Lava sprengt,
Hatte der Kaiser mit einem Ruck
Ihn von der Rednertribüne gedrängt:
„Schurke, mißbraucht hast Du meine Huld!
Statt der Kritik, der sachlichen, reifen,
Hörte ich nur ein nörgelndes Keifen.
Das geht über Engelsgeduld!
Meine Leibwache ist Dir ein Spott!
Mit verdeckten Worten und tückischem Stich
Macht meine Schreiber Du lächerlich. —
Aufs Schafott!
Die Redefreiheit, betone ich, bleibt.
Doch stirbt, wer Mißbrauch mit ihr treibt!“

So tobte Nero. Aber im stillen
Rechnete er: Es wird sich lohnen,
Marull besitzt an zwanzig Millionen
Bargeld in Rom und in Bajae Villen,
Was laut Gesetz gegen Hochverrat
Verfallen ist an Kaiser und Staat.“

Moral: Wenn Tyrannen „Freiheit“ schreiben,
Fall nicht darauf rein.
Das hat nicht nur im Rom der Cäsaren
Fürwichtigen den Kopf gekostet.
In Deutschland kannst du das gleiche erfahren:
Siehe Gübblers und „Grüne Post“.

Mucki.

Das zackige Wunder

Herrlich, aber gefährlich

Die „Stimme“, eine in Berlin erscheinende Musikzeitschrift, schreibt in ihrer Aprilnummer:

Das deutsche Volk singt wieder! — Das ist eins von den vielen Wundern, die wir im vergangenen Jahre erlebt haben.

Blättert man in dem gleichen Heft 13 Seiten weiter, so liest man folgende Feststellung des Komponisten und Chorleiters Heins Heinrich-Hannover:

„Ich erblicke in dem „zackigen“ Singen eine starke Schädigung der Organe, die beim Singen tätig sind. Ich denke dabei an das überlaute, schreiege, vielfach rohe Singen, das Forcieren und das knallige Ansetzen der Töne und insbesondere an das ganz und gar unverständliche, abgerissene Singen, das charakteristisch ist für den Marschgesang unserer Zeit... Wird so weiter gesungen wie bisher, so sehe ich die Zeit nahe, da unsere Chorverbände ihre Tätigkeit einstellen müssen, weil kein brauchbarer Nachwuchs mehr vorhanden ist. Die Anzeichen dieser Gefahr spüren ernsthafte Chorleiter schon jetzt.“

Das ist also des Wunders Kern: das deutsche Volk singt wieder, und wenn es so weitersingt, wird es demnächst überhaupt nicht mehr singen, höchstens hellen können. Der Fall ist symbolisch. Die „vielen Wunder, die wir im vergangenen Jahre erlebt haben“, nehmen fast alle das gleiche Ende: sie fressen sich selber auf und lassen ein krankes, armes, freudloses Volk zurück.

Joithe zupft die Harfe

Kunst in ernsten Gralshütten

„Mit Hermes Schnelle brausen um die Wette die Stürme der Leidenschaften durch die Herzen einer Nation, um an diesem Tage des Führers zu denken, ihm zu danken, daß er, der edle Vielseitige, auch der Filmkunst das reine Licht wiedergegeben hat, nach dem wir uns sehnten... Mögen die Sterne schwinden, mögen Wolken kommen, wir wissen, daß hinter diesen Wolken die alte Sonne Homers kreist und lächelt, dieselbe Sonne, die schon seit Jahrtausenden die ungeheuren Rätsel des Seins immer täglich neu löst. Und mit ihr haben wir durch unsere Revolution wahre Sinnigkeit, tiefes Gemüt, Freude an der Natur und an dem Naturbegreifen genug, um den alten Plunder zu entehren und ihn gelegentlich zu Jahrmaktfesten zu versteinern. Das unendliche Land der Kunst ist jetzt Händen und ernsten Gralshütten anvertraut.“ (Ein Hitler-Artikel im Berliner „Film-Kurier“ von Alphas Joithe.)

Joithe klingt fast so wie Goethe auf Jiddisch. Solches Deutsch aber hat man früher nicht einmal in Jiddisch geschrieben!

„Cicero, der Nacc

und Catilina, der Revolutionär“

Geschichtslügen und Provokationen der Unterdrückerklasse

Unter diesem Titel erscheint in Kürze im Verlage „Nouvelles Editions Latines“, 21 rue Servandoni, Paris, eine deutsche und eine französische Ausgabe eines neuen Werkes des aus Deutschland vertriebenen Berliner politischen Strafverteidigers Dr. Botho Lauerstein.

Das fesselnd geschriebene Buch stellt zum ersten Male in materialistisch-dialektischer Weise die bedeutendsten Provokationen der Weltgeschichte, Vorläufer des Reichstagsbrandprozesses dar. Vorbesteller erhalten das Werk zum Vorzugspreis von Mfr. 6.— für die deutsche, Mfr. 9.— für die französische Ausgabe bei einem Umfang von etwa 6 Bogen.

Das Buch dürfte auf das lebhafteste Interesse des Leserkreises rechnen, da es auch neues Licht auf das Problem der politischen Advokatur und Justiz wirft.

Studentische Miesmacher

Die Blüte der Nation meckert

Das Mitteilungsblatt einer feudalen Leipziger Studentenverbindung enthält dieser Tage einen Stoßseufzer, den wir hier einer größeren Öffentlichkeit übergeben wollen:

„Was den häufigen SA.-Dienst angeht, so haben sich die Verhältnisse für uns in keiner Weise gebessert. Dr. D. hat zwar versucht, auf Grund seiner persönlichen Beziehungen zu den Standartenführern uns wenigstens zu entlasten. Nun waren wir bis jetzt in einem Ausbildungsturm, der uns allzu häufige Beurlaubungen zur Unmöglichkeit machte. Zu außerordentlichen Veranstaltungen, als das sind: Stiftungsfest und Herrenabende, gelang es den Bemühungen von A. H. M., der die Charge eines Sturmbannführers inne hat, uns vom Dienst zu befreien. Der S. C. muß deshalb versuchen, in die Studentenschaft hineinzukommen. Nur so kann es glücken, unsere alten Traditionen und althergebrachten Formen aufrecht zu erhalten, auch in diesen völlig veränderten

Verhältnissen, dann kann man mit Ruhe und Sicherheit in die Zukunft blicken. Leider sind die Aktiven noch immer stark durch SA.-Dienst und NSDStB. überlastet. Von offiziellen Kneipen oder Spielkneipen kann nicht die Rede sein. Wir müssen uns in diesem Falle mit außerordentlichen Veranstaltungen begnügen. Es hat sich herausgestellt, daß es wahrscheinlich unausbleiblich sein wird, daß der eine oder der andere alte Herr, der das Rundschreiben, die Arierdurchführung betreffend, nicht vorbehaltlos unterschrieben hat, das Band verlieren wird. Wir bemühen uns mit der Verhandlung, dem auf irgend eine Weise aus dem Wege zu gehen.“

Die jungen Herren beklagen sich beileibe nicht über die Störung der wissenschaftlichen Arbeit an den Universitäten durch SA.- und SS.-Dienst. Es grämt sie, daß sie neuerdings nicht mehr die rechte Zeit zum Kneipen zu finden scheinen.

Schade ist nur, daß es uns nicht möglich war, den Namen des studentischen Mitteilungsblattes oder des Corps, der es herausgibt, festzustellen. Wir haben unser Zitat der Nr. 95 der parteiamtlichen „Flensburger Nachrichten“ entnommen.

Daran war die Mutter schuld, der Vater hätte es dem Grünschnabel erzählt. Jeden Ersten Mai zog das Kücken mit; man hatte ja nichts zu sagen... Schönere Feiertag allemal: der Kleine drüben, der Große hüben. Und scharfer Dienst stets. Im „Völkischen Beobachter“ stand: „Polizei, gib die Straße frei für den Ersten Mai! In einer Stunde jagen wir die roten Demonstranten mit der Waffe auseinander!“ — Jawohl, die Helden der Feder konnten das so hinschmierern, aber die SA. hatte den Qualm. Mußte, in Lastautos verpackt, draußen auf dem Lande liegen und abends heimkehrende Maifeiertrupps überfallen. Jedes Jahr dasselbe...

Und jetzt? Emil legte die Stirn in Falten, suchte den Knäuel zu ordnen, die Gedanken zu sortieren. Jetzt war der erste Tag im Mai ein deutscher Feiertag. Hitler hielt Maireden im Rundfunk... Festtag der Arbeit, weil jetzt die Arbeiter — weil jetzt Thyssen — — Unsinn, weil jetzt das Kapital nicht mehr — —

Was war denn eigentlich nicht mehr? — Emils Stirn wurde krauser. Der Knäuel verfiel sich wieder... Da hatte der Grünschnabel doch sowas gesagt von den alten Zeiten... Wie war doch der Quatsch gleich? Der Klugschreiber, was der wußte, das wußte Emil auch. Dort, in der Schublade, schlummerte das bißchen Weisheit...

Er lauschte nach der Küche hin, riß den Kommodenkasten auf. Werden wir gleich haben... Neue Mode, solchen höheren Zimt aufzuschreiben, Essay für verbotene Bücher, konnte der reden, was er wollte. Natürlich, da steht der Quark:

„Die Bonifaziusse stahlen den Germanen auch einige Festtage, indem sie den Geist der neuen Kirchendogmen in die alten heidnischen Feiertagskläudche gossen. Die brachten aber immerhin den römischen Pflug mit, die höhere Produktionsweise! Darum siegte die neue Religion. Aber ihr — was bringt ihr denn? Das Mittelalter war schon früher da und Thyssen auch. Seht euch vor, daß der internationale Geist des Ersten Mai euren Horizont nicht sprengt — — —“

Dreimal las er, langsam, angestrengt und in tiefer Versunkenheit, wie jemand, der ein Geheimnis ergründen will; das Dunkel jedoch wich nicht. Bedrückt schob er das Heft

wieder in den Kasten. Wo der Junge das nur her hatte? Sollte sich bloß nicht erwischen lassen. — Wo schrieb er das Zeug eigentlich ab? Auf seinem Miste wuchs das nicht, sonst müßte er, der ältere Bruder, mindestens soviel wissen, wo er beinahe Gruppenführer sein könnte. Warum konnte der Grünschnabel seit einigen Monaten wieder auf Arbeit gehen? Weil sein Bruder was zu sagen hatte! Aber am Ersten Mai wollte er sich drücken... wo doch die Arbeiter in allen Ländern aufmarchierten... In allen Ländern...

Dumpf sah er nach der Kommode hin. Der Geist der Schrift wallte aus dem Kasten und wehte ihn an. — Arbeiter aller Länder, internationaler Arbeitstag? Hatte ihn der Grünschnabel darum so höhnisch angesehen? Soso, deshalb. Na also, er wußte auch soviel wie der... Aber wenn Hitler jetzt feierte, warum hungerten sie vor Jahren immer am Ersten Mai in Ueberfallgruppen auf der Landstraße umher? Und wieso Thyssen und Mittelalter auf dem Zettel dort im Kasten?

Wieder rollte der Knäuel, wieder war er an der Kommode. Raus mit der Schwarte... „Die brachten aber immerhin den römischen Pflug... Aber ihr, was bringt ihr denn?“ — Qualm verdammter! Das wollte der Grünschnabel verstehen? Was sollten sie denn bringen, he? Mögen sich bloß nicht greifen lassen!

Die Dämmerung sank, höhnisch grinste die Schrift des Jungen durch das graue Duster, ungreifbar und gefährlich. Weg mit dem Wisch! Wütend, hilflos und verzweifelt feigte er das Blatt heraus, warf es zu Boden, packte es wieder, zerriß es, schmiß die Schnigel in den Ofen. So, jetzt war er erledigt, dieser Geist, den er nicht begriff... Das blaue Heft flog wieder in den Kasten. Alberne Mode, solche Sprüche aufzuschreiben, die man nicht versteht.

Mit einem Ruck schnallte er das Koppel um. Strammer Dienst war immer noch das Beste. Mit der Drinker kommt unsereins nicht weiter, höchstens ins Konzentrationslager...

In der Instruktionstunde fiel er dem Saß an diesem Abend durch besondere Unaufmerksamkeit und störrisches Wesen auf, weshalb er sich in der Führungsliste die erste schwarze Rüge ruzog.

Das blaue Heft

Von Bruno Brandy

An der Mansarde draußen probierte ein Fink seine Triller, erschrak vor dem Lärm hinter dem Mansardenfenster und flog davon. „Du willst wieder nicht mitgehen?“ — schrie Emil seinen Bruder an. „In allen Ländern marschieren die Arbeiter zu ihrem Festtage auf, in allen Ländern... und Du — — —“ Zornrot verstummte der SA.-Mann, denn der Jüngere sah ihn mit einem solch langen, triumphierenden Blick an, daß sein Gedankenlauf zu knäueln begann. Sekundenlang lag dieser Blick dämpfend zwischen den Brüdern. „Ueberleg Dir mal, was Du eben gebrüllt hast“, sagte der Jüngere ruhig, klappte ein blaues Heft zusammen, schob es in die Kommode und ging mit einem breiten Lächeln aus der Stube.

Draußen spann das erste Dämmern eines Frühlingsabends. Der SA.-Mann warf sich in einen Stuhl. Was, er sollte überlegen? Er, der Ältere von Beiden? Ha, was ihm dieser Marxist schon erzählen konnte! Er griff zur Zeitung, warf sie wieder weg... Dieses Kücken, mit seinen dreißigtausig Jahren! Sagt ihm, er sei konfus — er, der Große, der schon Sturmführer sein konnte, wenn man nicht egal Leute von oben vorzöge! Innungsmeister mußte der Vater mindestens sein. Er — konfus? Das war sehr einfach mit dem Ersten Mai, sein. Er — konfus? Damals, vor dem Kriege, da wurde er sehr einfach, nicht? Damals, vor dem Kriege, da wurde er nur von den Organisierten mit der roten Nelke gefeiert... Damals... Er fuchtelte im Selbstgespräch mit den Händen, verhedderte sich, seine Gedanken schwammen in nebligen Erinnerungen...

Damals war er, Emil Kranske, nicht dabei. Hinterher wurden alle tausende Arbeiter gemäßregelt. Das lohnte sich gerade... Und dann, nach dem großen Kriegswirbel, landete Emil bei den Nazis, wie der Vater. Der war Kleinmeister gewesen, an der marxistischen Entwicklung ging er kaputt, selbstverständlich, was denn sonst. Aber davon wußte der Jüngere, der Grünschnabel, natürlich nichts mehr, sonst wäre er nicht immer zur sozialistischen Arbeiterjugend gerannt.

Palais Mondial

In einem repräsentativen Gebäude der Museen des Cinquantenaire in Brüssel befindet sich seit 1920 das Palais Mondial, „Centre scientifique, documentaire, éducatif et social“. Diese Schöpfung des Privatgelehrten Paul Otlet, die seit vielen Jahren vom Staat Heim und Subvention erhält, umfaßt u. a. ein kulturhistorisches Museum, das in 80 Sälen untergebracht ist, eine internationale Bibliothek, ein einzigartiges bibliographisches Institut, einen wissenschaftlichen Verlag und die Anfänge der „Internationalen Universität“. Ferner hat dort die Union der internationalen Gesellschaften ihren häußigen Sitz.

Otlet geht von dem Gedanken aus, daß mit dem Fortschritt der Menschheit die Ausbreitung des unpolitischen Internationalismus eng verknüpft ist. Wohl kann rohe Gewalt die Völkerverständigung hemmen; aber Faschismus ist Halbgebildung, und die natürliche Kraft der wahren Bildung wird ihn schließlich entlarven. Das Geistige kennt keine Grenzen. Es braucht jedoch eine gewisse Organisation, um rationell und systematisch zum Wohl der Menschheit wirken zu können. Die Zentralstelle des geistigen Schaffens soll das Palais Mondial sein — Vorstufe zu dem von Otlet geplanten großen internationalen und übernationalen Zentrum, der exterritorialen Cité Mondiale.

Mehr als tausend wissenschaftliche und soziologische Organisationen sowie Zehntausende von Einzelmitgliedern haben sich dem Palais Mondial angeschlossen.

1924 wurde das Palais Mondial aus seinen Räumen verdrängt. Erst 1926 konnte es seinen alten Platz wieder einnehmen. Damals erhielt Otlet offizielle Entschuldigungen und die kristliche ministerielle Zusicherung, daß das Palais Mondial nunmehr endgültig in dem Gebäude des Cinquantenaire domiziliert sei; eine Ausquartierung würde nie wieder stattfinden. Auf Grund dieser Erklärung entwickelte sich das Palais Mondial zu seiner heutigen Blüte.

Und doch liegt jetzt wieder ein ministerieller Ausweisungsbefehl vor! In kürzester Frist soll das Palais Mondial mit seinen mühsam aufgebauten Sammlungen, seinen weitver-

zweigten Einrichtungen, seinen internationalen Bindungen das ihm vertraglich zugestandene Gebäude geräumt haben. Vorwand: die Königl. Museen benötigen den Platz, den diese lebensprägende Konkurrenz einnimmt. Otlet und sein Kreis widerlegen sich der Ermittlung. Viele offizielle und private Persönlichkeiten unterstützen die Protestbewegung.

Die Affäre des Palais Mondial ist kein Brüsseler Lokalfall und auch keine belgische innere Angelegenheit. Das geht nicht nur aus dem internationalen Charakter des Werks, der einen konkreten Ausdruck in der mitbetroffenen Union der internationalen Gesellschaften hat, hervor, sondern auch aus der Tatsache, daß hier ein Stück Zeitgeschichte deutlich wird, das alle Länder betrifft. Die noch demokratischen Völker, die sich gegen die faschistischen Strömungen zu wehren haben, besitzen in den Konzeptionen des Palais Mondial eine starke Stütze. Nirgends in der Welt ist eine Stelle, die die Werte der Menschheit verwaltet und verbürgt. Im Schoß des Palais Mondial kann eines Tages die Sicherheit der Individuen, die Freiheit der Wissenschaft und Forschung, die Würde und Moral der Menschheit eine unabhängige Heimat haben. Der neue Angriff auf das Palais Mondial ist ein Angriff auf die Moral. Nicht nur, weil ein Versprechen gebrochen wird, sondern weil ein Schlag gegen den Internationalismus geführt wird im Moment, wo Treue und Ehre gebieten müßten, ihn zu schütten. Aber sobald der Weltkurs der Reaktion ein wenig ansteigt, ist es auch schon aus mit der Anständigkeit. Die Maßnahme gegen das Palais Mondial ist, bewußt oder unbewußt, reaktionär. Ihre Tendenz liegt auf der Linie, die zur Intoleranz führt. Der Sieger von heute unterdrückt, knechtet, verpflichtet, rotet aus. Das bedeutet schlechte Zeit für den Internationalismus; allerdings nur für den einzig wertvollen, den geistigen, denn der plutokratische und militarische läßt wohl auch heutzutage nichts zu wünschen übrig. Was man dem Palais Mondial dieser Tage anzutun wagte, ist alarmierend für alle, in welchem Lande sie auch leben, die in der Wahrung internationaler Menschenrechte eine verteidigungswerte Aufgabe sehen.

150 Dichter à 30 Francs

Schreiben hat jeder Mensch in der Schule gelernt, es handelt sich ja nur darum, fünfundzwanzig Buchstaben richtig aneinander zu reihen. Aber manche Worte haben die Eigentümlichkeit, im selben Schlusssakord auszuklingen, und das ist eine gefährliche Geschichte. Denn diesen Gleichklang nennt man Reim, und wer reimen kann, ist ein Dichter.

Solange die Dichterei im trauten Familienkreise bleibt, solange es sich um Gelegenheitsdichtungen handelt, — läßt den Pegasus ruhig rasen. Aber wenn Onkel und Tanten allzu begeistert geklatscht haben, wenn der Familienruhm nicht mehr genügt, dann beginnt der Versuch, die Welt zu erobern.

Ein geplagter Dramaturg hat ausgedoktelt, daß die Manuskripte eines Jahres fast eineinhalb Millionen Kilo wiegen, daß beinahe dreihundert Eisenbahnwaggons erforderlich sind, um diese Massen zu verschicken. Gibt es Dramaturgen genug, um das alles zu lesen? Jedenfalls gibt es nicht genug Theaterabende genug, um das alles aufzuführen. Nicht genug Theaterabende und nicht genug Publikum, denn jeder ist sein eigener Dichter — und wer geht gern zu den Stücken der Konkurrenz.

Rechtlich ist die Lage auf dem Gedichtmarkt. Es muß schon ein ganz großer Lyriker sein, der einen Verleger oder sogar Leser seines Gedichtbändchens findet. Wer wird Gedichte lesen, wo man doch selbst so schöne macht. Aber gedruckt möchte jeder gerne werden, und aus diesem Ehrgeiz kann sogar Kapital geschlagen werden. Allerdings nur für einen anderen. Ein psychologisch geschulter Herr hat das Dichtervolk bei seiner Schwachen Seite gefaßt. Vor einiger Zeit erschienen in verschiedenen Zeitungen kleine Inserate: „Junge, bisher noch nicht gedruckte Dichter werden gebeten, Werke einzusenden an den Verlag xyz.“ Und die jungen Dichter schickten diese Briefe mit ihren Werken. Oh Wunder, sie bekamen nicht, wie es ihnen bisher immer ergangen war, ihre Arbeiten zurück, sondern sie erhielten einen netten Brief: Das Erstlingswerk sei angenommen und würde in einer Sammlung „Junge Lyrik“ erscheinen. Bedingung sei allerdings, daß der Autor sich verpflichte, zehn Bände des Werkes à 3 Franken zu kaufen. Eine einfache Rechnung. Einhundertfünfzig junge Dichter, in einem Band vereinigt, je 30 Franken sind 4500 Franken, 150 Einschreibegebühren decken die Speise des Verlages, der um seinen Abzug nicht besorgt zu sein braucht, der eine Ausgabe von 1500 Stück herstellen läßt, primitiv aufgemacht natürlich, und recht gut dabei verdient. Allen ist geholfen, der junge Dichter ist gedruckt und kann zehn Bücher an seine Verwandtschaft verschenken, der erste Schritt zum Ruhm ist getan und der Verleger sucht 150 neue Talente.

Ruß als Delikatesse

Ein Arktisforscher, der jetzt von einem längeren Aufenthalt bei den Eskimos zurückkehrte, erzählt, daß die Eskimos in ihren langen Wintern gelernt haben, alle nur möglichen Dinge für ihre Ernährung zu verwerten. Da Tran hier oft als Brennstoff Verwendung findet, haben sie, in einer Periode, in der sie nicht genügend Lebensmittel hatten, den Ruß, der sich bei Verbrennung des Trans bildet, und der natürlich einen starken Fettgehalt hat, als Nahrungsmittel verwandt. Der Forscher, der diesen Ruß einmal probierte, meint, daß dieses Nahrungsmittel, wenn auch nicht gerade wohlschmeckend, so doch immerhin nicht unverdaulich sei. Natürlich zögen die Eskimos frischen Eisbärenschinken diesem Ersatzlebensmittel vor.

Wissen Sie schon . . .

. . . in welchem Lande die Unterschlagung öffentlicher Gelder mit dem Tode bestraft wird? In Sowjetrußland.

. . . welcher Hafen den stärksten Schiffsverkehr der Erde hat? Der Hafen von Newyork.

. . . woher das Wort „Chauvinismus“ stammt? Von dem Helden eines französischen Lustspiels aus dem Jahre 1831, dem großsprecherischen Rekruten Chauvin.

Holland besitzt die schnellsten Züge

Die Amerikaner sind nicht mehr die einzigen, die den Wunsch haben, alles das zu besitzen, was am größten, am schnellsten seiner Kategorie „in the world“ existiert. Die Holländer hatten schon immer den Wunsch, die schnellsten Züge der Welt zu besitzen und sie haben es erreicht mit Hilfe des neuen Zeppelin-Zuges, der jedoch die Ateliers des Huisman in Haarlem verlassen hat und seit vorgestern zwischen dem Haag und Amsterdam verkehrt.

Der neue Zug, der durchschnittlich eine Geschwindigkeit von 158 Stundenkilometer hat, stellt wahrhaft eine vollkommene Neuheit auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens dar. Man war bemüht, sein Gewicht so weit wie irgend möglich herabzusetzen. So wiegt der Zeppelinzug jetzt 12 Tonnen pro Meter Länge im Gegensatz zu 2,7 Tonnen der gewöhnlichen Züge mit Dampftrieb. Dieses Resultat ist erreicht worden durch den Gebrauch besonders leichten Materials und zwar einer Verbindung von Aluminium mit Magnesium.

Der Zug wird durch zwei Manbach-Dampsmotoren mit je 410 Pferdekraften angetrieben, wobei eine elektrische Uebertragung vorgesehen ist; durch die Verwendung eines sehr billigen Brennstoffes werden große Ersparnisse im Betrieb erreicht. Man schätzt 2000 Kilogramm Del, um die Maschine für 24 Verkehrsstunden zu speisen. Die Motoren befinden sich in der Mitte des Zuges. Dadurch kann er in beiden Richtungen verkehren, ohne eine weitere Hilfsarbeit. Das ist eine der neuesten und interessantesten Verbesserungen des Eisenbahnwesens von allen Gesichtspunkten betrachtet: Treibersparnis, weniger Material und weniger Personal.

Der Betrieb ist so mit dem der Untergrundbahnzüge zu vergleichen, die sofort nach ihrer Ankunft auf der Endstation in entgegengesetzter Richtung wieder abfahren können.

Drei Wagen bilden den Zug mit 102 Sitzplätzen: ein Wagen 2. Klasse, den Mittelwagen, in dem sich die Motoren, der Gepäckraum und drei Abteile 3. Klasse befinden, und ein Wagen 3. Klasse. Es gibt keine erste Klasse im Zeppelinzug, aber man sitzt in der 2. Klasse mindestens ebenso bequem, wie in der ersten Klasse vieler anderer europäischer Züge.

Weber Bolzen noch Nieten sind verwendet worden, um die Metallplatten der Wagen miteinander zu verbinden. Alles ist autogen gelötet und geschweißt, wodurch eine viel größere Haltbarkeit garantiert wird.

Auch das alte System des Oeffnens und Schließens der Türen hat man verlassen und durch ein moderneres ersetzt. Die Türen werden wie bei den Untergrundbahnen in die Seitenwände der Waggons hineingeschoben. Das bedeutet eine viel größere Sicherheit und gibt die Möglichkeit, ein vorzeitiges Oeffnen der Türen zu verhindern. Die Stulen der Trittbretter können jetzt auch bewegt werden; und zwar heben und senken sie sich automatisch mit der Bewegung der Tür. Dadurch ist ein Auspringen auf den fahrenden Zug von vornherein unmöglich gemacht.

Für Heizungszwecke wird die äußere Luft durch den Motorenraum geleitet, erwärmt sich dort und geht dann in die Abteile. Ein Kühlapparat dagegen fendet die abgekühlte Außenluft im Sommer durch die Wagen.

Um den Reisenden endlich das Verge an Bequemlichkeit zu geben, was sie in einem Eisenbahnzuge verlangen können und immer noch als sehr störend empfunden wurde, hat man verlußt, die Erschütterung zu beseitigen, die als der hauptsächlichste Faktor der Reiseermüdung angesehen wird und Kaufschufunterlagen unter den Sitzen und den Kössen der Wagen angebracht. Damit ist wohl der augenblickliche Höhepunkt der Technik erreicht — und diesmal nicht in Amerika.

Das Leben eines Abenteurers

Treibsch-Lincoln, Rabbiner, Pfarrer, Spion und Buddhist / Von Henry Murton

Als vor einiger Zeit der englische Dampfer „Duchess of York“ von Kanada kommend in Liverpool landete, besand sich an Bord auch eine Gruppe buddhistischer Mönche, die bei den Einwanderungsbehörden den Antrag auf eine mehrmonatliche Aufenthaltserlaubnis in England stellten. Als die Beamten die Pässe prüften, fanden sie einen darunter, der von den chinesischen Behörden auf den Namen Chao Sung ausgehelt war. Hinter diesem Namen verbarg sich, wie man leicht feststellen konnte, Treibsch-Lincoln, dessen abenteuerliche Karriere noch immer nicht abgeschlossen zu sein scheint. Er mußte genau wissen, daß jeder britische Konsul in der ganzen Welt dahingehend informiert ist, daß er unter keinen Umständen diesen Pöf öfieren darf und doch versuchte er es zu wiederholten Malen nach England hineinzu kommen. Treibsch-Lincoln wurde vorläufig verhaftet, um mit dem nächsten Schiff wieder abgehoben zu werden. Seinen Schülern wurde gestattet, sich in einem Hotel in Liverpool ebenfalls bis zum nächsten Schiff aufzuhalten. Sie dürfen die Stadt Liverpool nicht verlassen. Die fünf Männer und fünf Frauen mit dem grauen Kimono, den Pantoffeln und dem Mützen über dem lahrlahierten Schädel fügten sich in das Unvermeidliche.

lischer Abgeordneter, deutscher Spion und buddhistischer Mönch . . . Dies sind die Rollen, die Treibsch-Lincoln alle gespielt hat und sein neuester Zwischenfall in Liverpool ist nur ein kleiner Stein in seiner kaleidoskopartigen Lebensgeschichte.

Es ist gerade achtzehn Monate her, daß er wieder auf der Bildfläche erschien. Man sah ihn in den Strahlen Berlins in eine schwarze Kutte als Buddhisten-Mönch, händig auf der Flucht vor eingebildeten Verfolgern, in Taxi-Autos fahnd, in Cafés sich verbergend und ängstlich jeder Frage ausweichend. Er nannte sich Chao Sung, und es lief das Gerücht, daß er nach Europa mit der Idee gekommen sei, ein buddhistisches Kloster an der Riviera zu gründen. Späterhin verzog er sich nach Belgien, wurde dann aber ausgewiesen.

In Ungarn geboren, erhielt Treibsch-Lincoln eine Ausbildung als Schauspieler. Er wirkte eine Zeitlang als Rabbiner an einer ungarischen Synagoge und arbeitete dann als Missionar in Kanada. Danach kam er nach England und wurde Kurat der englischen Hochkirche in Kent. Im Jahre 1910 wurde er mit einer Majorität von 29 Stimmen zum liberalen Abgeordneten von Darlington gewählt, doch behielt er dies Mandat nur vom Januar bis zum Dezember. Als der Krieg ausbrach wurde er zum Senior für die ungarische Post bei der britischen Postverwaltung bestellt. Während er diesen Beruf als Senior versah, geriet er in den Verdacht,

ein deutscher Spion zu sein. Er floh nach Amerika und war dort in der antibritischen Propaganda tätig. Er wurde jedoch von Amerika wegen einer Anklage der Urkundenfälschung ausgeliefert und mußte drei Jahre Gefängnis in England absitzen, bevor er ausgewiesen wurde. Er wandte sich dann nach Deutschland und beteiligte sich dort an den Verschwörungen gegen die deutsche Republik. Als Emisär wurde er ausgesandt, den Kronprinzen in Biederstein, in Holland, zu betragen. Er wurde der Helfer von Ludendorff, Bauer, Ehrhardt und Kapp. Dann verschwand er wieder aus Deutschland und man hörte lange Zeit nichts mehr von ihm. Dann erfuhr man wieder, daß er buddhistischer Mönch geworden sei, seinen Namen abgelegt hätte und sich Chao Sung nenne. Einige Jahre später ging er nach China als Oberpolitiker und finanzieller Berater der südchinesischen Armee. Er kam nach Europa mit einem geheimen chinesischen Auftrag zurück, Verhandlungen über einen Vier-Millionen-Pfund-Kredit zu führen. Da sich diese Verhandlungen zerschlugen, verschwand er wieder und tauchte erst vor achtzehn Monaten wieder in Berlin auf. Dort hielt er auch wieder Vorträge über die buddhistische Lehre.

Nach ein kleiner Zwischenfall bei der jetzigen Landung in Liverpool ist bemerkenswert. Einer seiner Schüen wartete am Landungssteg, als der Vater das Schiff verließ. Er durfte jedoch nicht mit seinem Vater sprechen und bekam erst später die Erlaubnis dazu. Sein anderer Sohn war vor Jahren in England wegen Mordes an einem Brauereireisenden angeklagt und zum Tode verurteilt worden. Treibsch-Lincoln hätte gerne seinen Sohn noch vor der Hinrichtung gesprochen und kam mit größter Eile von Genoa nach Europa. Es war jedoch schon zu spät. Der Sohn war inzwischen schon hingerichtet worden und Treibsch-Lincoln bekam keine Einreiseerlaubnis nach England.

Dieses neueste Abenteuer Treibsch-Lincolns erregte das Inter: an einer der abenteuerlichsten und seltsamsten Karrieren, die die heutige Welt kennt. Rabbiner in einer ungarischen Synagoge, Priester der englischen Hochkirche, eng-

„Ach bloß die SA. — komm man!“

Bericht eines marxistischen SA.-Mannes

Starke Enttäuschung über den kompletten Verrat aller Lebensinteressen durch die Naziregierung hat besonders die Bauern erfasst. Dem Messiasglauben an Hitler und seine Trabanten ist stärkste Depression gefolgt. Ein einziges Jahr hat genügt, um die Gläubigen in der Seele zu erschüttern. Wir wissen, daß dieser Zustand bei der noch vorhandenen exekutiven Macht des Nazistaates vorerst nur psychologische Bedeutung hat. Getreulich registrieren wollen wir jedoch diese Zeichen der Zeit.

Ein marxistischer SA.-Mann schreibt uns einen sarkastischen Bericht: Da marschieren am Sonntag, den 29. April, eine Abteilung der Bremer SA. zur Agitation gegen Rögler und Besserwieser in die umliegenden Dörfer. Die SA. weh, hier sind die Stätten der besten Erfolge in der Zeit skrupelloser Lügenpropaganda vor der Machtergreifung, hier müssen wir mit der angeordneten allgemeinen Aufrüstung beginnen.

Mit schneidiger Marschmusik geht es in das erste Dorf. Einwohner kommen an den Gartenzäun, an Türen und Fenster, nicht so viel wie früher, aber es geht. Nach dem Marsch durch die Straßen will man den Feinden auf dem Dorfplatz die Standpaule vom Durchhalten und nicht verzweifeln halten. Doch die große Mehrheit geht wieder in den Gärten oder in das Haus zurück. Von einigen ist zu hören: „Ach, bloß die SA. — komm man.“ Nur wenige bleiben stehen, früher Holz auf ihre Nasen wie die Mädchen auf die Puppe, erwidert jetzt keiner die lauten Heil-Hitler-Rufe der Bremer SA. Es wird hier und da schlafig die Hand zum deutschen Gruß gehoben. Bald sieht es aus als winkte man ab. Was bedeutet das, im zweiten und dritten Dorf, auch später noch, dieselbe trostlose Haltung der Bevölkerung.

Der SA.-Führer weiß keine Erklärung dafür und sagt resigniert zu seinen Männern: „Das ist nun der Dank, für die Bauern hat Adolf Hitler den Eierpreis auf 10 und 12 Pfennig erhöht.“ Wörtlich richtig wiedergegeben, nicht wahr, Herr Vorgesetzter? Aber ich will Ihnen hier die Aufklärung geben, da ich es während des Marichs ohne Prügel nicht sagen konnte.

Die Bauern bekommen von den 10 und 12 Pfennig für das Ei nur 2 und 3 Pfennig. Die Zentraleinstufung, bei der alle Eier abgeleert werden müssen, gewährt den Wiederverkäufern eine sehr kleine Verdienstsparne, hantiert aber selbst pro Ei einen Gewinn von rund 5 Pfennig ein. So bezahlen Konsument und Bauer eine unerhörl hohe indirekte Steuer. Der neue Staat, danktrotz allüberall, nimmt 200 Prozent vom Einkaufspreis für seine leeren Kassen, um die dummdreisten Nazibonges auf bezahlen zu können. Und ausgerechnet in Orten jetzt Propaganda, wo in den Tagen vorher den Bauern die Eier, weil sie zu klein waren, von der Einkaufszentrale nicht abgenommen wurden. In einem Fall 100 Stück. Der Bauer darf aber auch die zu kleinen Eier nicht selbst verkaufen, allein essen kann er sie auch nicht. Den dummen Hühnern kann er zureden, wie er will, wo es nicht hilft, werden die Eier nicht größer; die Gleichgültigkeit verlagert, und mit Gewalt ist nichts zu machen. Nun treibt der Bauer Schleichhandel, trotz der Bedrohung mit dem Pranger. Uns Mannschaften des Propagandazuges sah er mit gemischten Gefühlen; und wegen Blut und Erde. Er kennt die Sache von der Marxistenbehandlung her, die lagen auch im Blut auf der Erde. Der Hitlerkauf ist verloren, die Enttäuschung hat die Menschen passiv und hilflos gemacht. Unsere Arbeit setzt ein. In der SA., unter den Bauern, beim Mittelständler und Arbeiter.

Die Zerschlagung des Anwaltsrechtes

Politische Angeklagte rechtlos

In parteioffiziellem Auftrage schreibt die „Deutsche Juristenzeitung“ (1934, Seite 243):

„Die Befahrenzone ist die Verteidigung und insbesondere die politische Verteidigung. Wenn hier die Anwaltschaft nicht versteht, daß der Begriff der Freiheit ein anderer geworden ist, wird das Schicksal der Rechtsanwaltschaft als freier Beruf besiegelt sein. Dem Anwalt liegt es ob, in leidenschaftlicher Verteidigung der Staatsautorität zu wünschen, daß der Anklage auch die Verteidigung folgen möge.“

Das ist der Todespruch für jede Freiheit, Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Verteidigung. Wo keine Freiheit ist, kann der Begriff der Freiheit sich nicht ändern. Anstelle von Recht und Gesetz trat das Parteiprogramm der Diktatoren. In den parteiamtlichen „Leitfäden für die Rechtspraxis“ (Verfasser Karl Schmitt) heißt es:

„Das nationalsozialistische Parteiprogramm ist die Grundlage jeden Rechtsdenkens geworden. Man kann keinen deutschen Richter, keinen deutschen Anwalt ohne genaue Kenntnis des Parteiprogramms mehr gelten lassen.“

Wer nicht auf den Faschismus schwört, wird fortgejagt. Wer sich nicht gleichschalten läßt, wird am Gericht nicht mehr zugelassen.

Alle bekannten, antisozialistischen Anwälte, gleichgültig ob Demokrat, Marxist, Kommunist oder Positivist, wurden vom Anwaltsstand ausgeschlossen. 90 Prozent aller jüdischen Anwälte wurden verjagt.

Der Verteidiger wurde zum Knecht des Staatsanwaltes degradiert. Ihm droht die Existenzvernichtung, wenn er aus freien Stücken die Verteidigung eines politischen Gegners des Faschismus übernimmt. Er ist schutzlos den Drohungen einer aufgepeitschten SA.-Soldateska ausgeliefert. Sein Plädoyer wird ihm von den Leitartikeln der faschistischen Tagespresse und den Befehlen der faschistischen Anwaltsvereinigungen vorgelesen. Wie tief die deutsche Anwaltschaft bereits in den Schmutz faschistischer Unfreiheit getreten wurde, zeigt eine Meldung einer großen Tageszeitung, die auf Wunsch der Verteidiger anlässlich eines großen politischen Prozesses gebracht wurde:

„Wir müssen ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß die Verteidiger der angeklagten Kommunisten keineswegs die Verteidigung freiwillig übernommen haben. Da nach der bestehenden Schwurgerichtsprozedur für jeden Angeklagten ein Verteidiger vorhanden sein muß, ist das Gericht dazu übergegangen, die Verteidiger, die ausdrücklich den Wunsch geäußert haben, nicht bestimmt zu werden, als Offizialverteidiger zu bestellen. Auf Grund dessen mußten die Verteidiger ihr Amt antreten.“ („Westfälische Landeszeitung“ vom 20. 9. 1933.)

Jeder Raubmörder, Sittlichkeitsverbrecher und Zuhälter wird ohne Schwierigkeit einen Verteidiger finden. Ein Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht, für Frieden und Sozialismus darf in Deutschland nicht mehr verteidigt werden.

Prinz Auwi hat Angst

„Noch nie so ungewiß wie heute...“

Hamburg, 16. Mai. (Inpreß.) Prinz August Wilhelm von Hohenzollern hielt auf einer Rundgebung der NSDAP in der Hamburger Zoo eine für die Anglisten in den nationalsozialistischen Führerkreisen sehr ausschlagreiche Rede, von der wir aus dem „Hamburger Fremdenblatt“ den folgenden Abschnitt entnehmen:

„Wer sich früher nicht im Kampf für die Idee Adolf Hitlers eingelegt hat, der kann heute seine Treue beweisen, indem er durch die Tat zeigt, wie es besser zu machen ist. Statt dumme politische Blöde weiterzutragen und schon vorhandene Reibungsflächen noch zu verschärfen... Was werden die nächsten Monate bringen? Noch nie ist die Zeit so ungewiß gewesen. Zum Rückschlagen haben wir keine Veranlassung... Beim Aufbau des neuen Reiches werden immer wieder Stunden kommen, in denen man den Atem anhält und sich voller Sorgen fragt: Wie wird es werden? Aber wir wissen, daß auch der Führer sich Sorgen um Deutschlands Zukunft macht. Warum sollten wir, die nur einen Bruchteil seiner Verantwortung zu tragen haben, schwach werden? Die Zeiten sind ernst...“

„Nationaldeutsche Juden“

Auch sie sind unwillkommen

Berlin, 16. Mai. (Inpreß.) In dem Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 15. März 1934, das sich im Besitz der „Inpreß“ befindet, ist folgende Information veröffentlicht worden:

Betrifft: Geländesport

Der Verband Nationaldeutscher Juden hat sich an den Chef des Ausbildungswesens der SA. betr. Teilnahme am Geländesport gewandt und gebeten, zu diesem Zweck den Verbandsführer sowie den Führer seiner Sportabteilung einen persönlichen Vortrag zu empfangen.

Der Chef des Ausbildungswesens hat daraufhin wie folgt geantwortet:

An den Verband Nationaldeutscher Juden e. V.

Berlin W. 35

Blumeshof 9

Hiermit bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 16. Februar 1934. Es ist mir leider nicht möglich, Ihrem Wunsch zu entsprechen, da nach den Richtlinien des Stabschefs der SA., Reichsminister Höpff, eine Ausbildung im Geländesport nur für diejenigen deutschen Volksgenossen durch mich erfolgt, die rassistisch und weltanschaulich auf unserem Boden stehen.

Heil Hitler!
gez. Krüger, Ortsgruppenführer.

Dieser Briefwechsel wird zur Kenntnis gebracht, um allen derartigen Bestrebungen von Ausländern von vornherein zu begegnen. (Z. Nr. 3724/34.)

Ein kommunistischer Student der Harvard-Universität warf kommunistische Flugblätter in einen Ventilator des Kreuzers „Karlshöhe“. Der Führer wurde von der Polizei in Boston verhaftet, er heißt Erik und studiert Philosophie. Der Kommandant des Kreuzers hat diesen Versuch kommunistischer Propaganda auch bei der amerikanischen Bundespolizei zur Anzeige gebracht.

Angola

Neue Heimat der deutschen Juden?

London, 16. Mai. (Inpreß.) Der „Daily Herald“ teilt mit, daß die Dementis, in denen die Besprechungen wegen einer jüdischen Kolonie in Angola (Portugiesisch-Westafrika) bekräftigt worden waren, nicht der Wahrheit entsprechen. Das Blatt stellt fest, daß ein aus bekannten Persönlichkeiten zusammengesetztes Komitee das Projekt seit mehreren Monaten studiert. Sowohl die portugiesische und englische Regierung, wie auch der hohe Kommissar James Macdonald seien über die Arbeiten des Komitees fortlaufend unterrichtet worden.

In den längsten Tagen gingen durch die Presse, insbesondere durch die Emigrationspresse, die widersprechendsten Meldungen über ein Projekt der Ansiedlung von geläuterten deutschen Juden in der portugiesischen Kolonie Angola. Während der hohe Kommissar gegenüber Pressevertretern die im „Daily Herald“ erschienene Meldung über einen Plan der Ansiedlung von Millionen Juden in Angola als höchstens dementierte, behauptete der Rat der Weltvereinigungen jüdischer Emigrationsgesellschaften zu gleicher Zeit, Vertretter zur Verhandlung mit der portugiesischen Regierung nach Mosabon zu entsenden und eine Summe zur Deckung der Kosten aufzubringen, damit eine Erforschungskommission nach Angola entsandt werden könne. Diese Meldung stimmt mit der anderen überein, wonach die portugiesische Regierung sich bereit erklärt haben soll, einem derartigen Siedlungsprojekt näherzutreten, wenn weder der Völkerbund noch der hohe Kommissar Mandatäre einer solchen evtl. jüdischen Siedlung werden würden. Die Erforschungskommission, die man in Paris nach Angola zu entsenden beschloß, hat, wird bezüglich der klimatischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landes zu kaum anderen Ergebnissen kommen, als sie schon jetzt vorliegen.

Angola, amtlich Africa Occidentalis Portuguesica genannt, liegt am Atlantischen Ozean und wird begrenzt im Norden und Osten von Belgisch-Kongo im Süden vom früheren Deutsch-Südwestafrika und dem Betschuanaland. Seit 1925 gehört Angola zu Portugal. Heute ist das Land in elf Distrikte eingeteilt, jedem Distrikt steht ein Gouverneur vor. Die Hauptstadt Sao Paulo de Loanda ist an der Küste gelegen. Hier erstreckt der Oberkommandant. Das Gesamtareal Angolas beträgt 1.315.000 Quadratkilometer und ist damit fast dreimal so groß wie Deutschland. Die Bevölkerungszahl ist seit unanzahl Jahren konstant geblieben und wird mit 4.180.000 angegeben.

Die Bodenbeschaffenheit

Im Norden finden wir einen breiten, im Süden einen schmalen, dünnen und niedrigen Küstenstrand, der zu dem

innerafrikanischen Hochland führt, im Norden Cananda-gebirge genannt, durch das sich die zum Atlantischen Ozean fließenden Flüsse Kwanza, Ambrizette, M'Brische, Kola mit den zahlreichen westlichen Zuflüssen hindurchgraben. Das Gebirge ist etwa 1100, an anderen Stellen 1800 und die höchste Erhebung 2870 Meter hoch. Nach Norden ist der bedeutendste Fluß der Kwanza, den man mit flachen Booten auf 200 Kilometer befahren kann. Auch einige andere Flüsse sind teilweise befahrbar, doch gefährden gefährliche Hindernisse die Einfahrt.

Das Klima

Jeder Einwanderer wird sich die Frage nach dem Klima ernstlich vorlegen müssen, denn sie wird für die Frage jeder wirtschaftlichen Existenz beinahe von ausschlaggebender Bedeutung sein. Das Klima ist an der Küste bei Voanda und Benguela heiß und feucht und im höchsten Grade ungesund. Im Innern des Landes, zum Beispiel in dem höher gelegenen Mosamedes ist es bedeutend gesünder. In Voanda wird als Durchschnittstemperatur 24 Grad, in Mosamedes 20 Grad Celsius angegeben. Im Februar hat man in Voanda immer noch 32 Grad Wärme. Während der Regenzeit, etwa im August sinkt an der Küste die Temperatur bis auf circa 20 Grad. In den Niederungen von Voanda währt die Regenzeit von Oktober bis Januar und von April bis Juni. Je weiter man nach Süden in das Land vorrückt, wird das Klima immer trockener. Die nördlichen Hochebenen im Innern verdorren, während die Gebirgslandschaften im Süden feuchter und fruchtbarer sind. Die Küstenterrasse ist mit prächtigen Wäldern bedeckt, in denen Farne und kletternde Palmen auf den tropischen Charakter des Landes hinweisen. Zur Beruhigung des Einwanderers kann aber gesagt werden, daß sich die Löwen, Antilopen und Elefanten in das Innere des Landes zurückgezogen haben. Wer ein großer Tierliebhaber ist wird in Angola die verschiedensten Affenarten kennen lernen können.

Die Bevölkerung

Die Bevölkerung besteht aus den einheimischen, sogenannten Kongoernern, die in eine Anzahl von Stämmen zerfallen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß im äußersten Süden noch die Hereros existieren. Diese Negerstämme leben nach ihren alten Gewohnheiten in einer zurückgebliebenen Zivilisation im Gegensatz zu den wenigen Negerstämmen, die heute schon portugiesisch sprechen und als Kaufleute und Beamte tätig sind.

Die Anzahl der in Angola lebenden Europäer ist gering. Ihre Zahl wird kaum mehr als 40.000 bis 50.000 betragen. Eine stärkere Bevölkerung der Städte hat man dadurch erreicht, daß man Angola als Deportationskolonie verwandte und in den Städten sich viele deportierte Verbrecher, sogenannte Degradados, niederließen. Vor nicht allzulanger Zeit konnte Angola noch einen schwunghaften Sklavenhandel mit schwarzen Arbeitern. Man brachte aus dem Innern schwarze Arbeiter und setzte sie durch langjährige

Verträge an die Käufer. Eine katholische Mission ist seit 1882 tätig, die für den Schulunterricht sorgt, an dem sich jedoch nur einige hundert Kinder beteiligen.

Angolas Wirtschaft

Der Branntweinverbrauch ist infolge der Demoralisation der Bevölkerung stark. Die Landwirtschaft erzeugt Maniok, Tabak, Indigo, Reis, Kaffee, Zuckerrohr, Baumwolle, Erdnüsse, Mais, Hirse. Doch ist die intensive Bebauung des Bodens noch nicht sehr weit fortgeschritten. Die reichsten Kaffeeplantagen befinden sich in dem Tal des Kufulla, doch wächst der Kaffeebaum auch an vielen Orten wild. Exportiert wird: Kautschuk, Kaffee, Kopal und Wachs, Baumwolle, getrocknete Fische, Essendeln. Portugiesische Händler durchziehen das Land und kaufen von den Eingeborenen die Landesprodukte ein. Die Gewinnung von Eisen, Kupfer, Blei, Zink, Schwefel, Steinsalz und Erden ist gering, weil die Ausbeutung noch stark darniederliegt. In Vobito soll sogar Gold vorkommen. Die Industrie ist selbstverständlich fast zurückgeblieben. Es gibt einige Zigarrenfabriken, Branntwein- und Ziegelfabriken, Mattenwebereien.

Die Verkehrsmittel

Auch hier herrscht noch größter Mangel. Pferde und Kamel geblieben nicht und der Ose kann nur als Reittier benutzt werden, so muß man noch vielfach Träger für den Transport nehmen. Hier geben noch Karawanen die Straßen von Voanda über Londo in das Innere des Landes. 1881 wurde eine Eisenbahn bei Voanda gebaut und ist am rechten Ufer des Kufulla bis Malanhe weitergeführt worden. Dann existiert noch eine Linie, die zum Hochland führt und 1500 Kilometer lang ist. Telegraf und Postverbindung sind vorhanden. Eine portugiesische Dampferlinie verbindet die Häfen miteinander, und die größeren Schifffahrtslinien laufen die Häfen heute an.

Das ist ein ungefähres Querschnitt des Landes, das der portugiesische Seefahrer Diego Cao 1484-86 entdeckte. Sieht man von den ungünstigen klimatischen Verhältnissen ab, so scheinen die reichen Bodenschätze die um fast hundert Jahre zurückgebliebene Industrie tatsächlich einzuladen, hier eine intensive Bewirtschaftung und Ausbeute des Landes vorzunehmen. Jedoch die Kapitalien, die dafür zur Verfügung gestellt werden müssen, die zwei Millionen Dollar, von denen gesprochen wurde, würden nicht sehr weit reichen, so daß man sich die Frage vorlegt, ob nicht mit der gleichen Summe Geldes in klimatisch besseren Gegenden, so sogar in Teilen Europas, dasselbe Ziel wie in Angola erreicht werden kann. Man muß sich darüber klar sein, daß wenn überhaupt eine Kolonisierung Angolas vorgenommen wird, erst die Kinder von den Früchten werden ernten können, die in den nächsten dreißig Jahren geerntet werden. Immerhin wird es wichtig sein, die Ergebnisse der Enquete der Erforschungskommission abzuwarten.

Weitergeben! Weitergeben!

Werten Sie die „Deutsche Freiheit“ nach dem Lesen nicht fort. Geben Sie das Blatt an Leute weiter, die der Aufklärung und Belehrung bedürfen!

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Am Pfingstsonntag beginnen in Paris die internationalen Tennismeisterschaften.

Auf dem Montparnasse wurde der 12. Salon des Tuileries eröffnet. Unter der Leitung des Präsidenten Albert Besnard, eine Schau der modernen Pariser Malerei, die stets ein Pendant zu der Ausstellung im Grand Palais bildet.

Franz Lehar wohnte in Paris dem Konzerte Richard Taubers bei.

Der Journalist Knickerbocker weist in einer Pariser Artikelserie darauf hin, daß eine deutsche „Sprachenkarte von Mitteleuropa“ 85 Millionen Deutsche für das „dritte Reich“ reklamiert und richtet heftige Vorwürfe gegen Hitlers „Mein Kampf“.

Das Auto des bei dem furchtbaren Rennunglück bei Fontainebleau getöteten Fahrers Eric Lora, der der Sohn des Hafendirektors von Brest war und bekanntlich eigentlich Cochin heißt, soll Bremswalzen besessen haben, die sich während der Fahrt gelockert hatten. Ferner waren die Vorder- und Hinterräder von verschiedenem Typ.

Die Silberfuchse wandern in den Zirkus

Die Silberfuchse auf der einsamen Farm der Bretagne, in der der furchtbare Mord an der neunzehnjährigen Gattin des Züchters Michel Henriot begangen wurde, wandern wahrscheinlich in den Zirkus. Ein Zirkusdirektor, der nach Lorient gekommen ist, will sie kaufen.

Der Mörder Michel Henriot ist nicht in einer Sonderzelle, sondern mit dem Mörder Bousquet zusammen eingeschlossen, der ebenfalls seine Frau tötete und der nächste Woche vor die Geschworenen kommt — und zwar bizarrer Weise auf Grund einer Anklage, die der Staatsanwalt Henriot, der Vater des Täters von Loch, noch erhoben hat.

Der Staatsanwalt Henriot will in die Umgegend von Paris ziehen, wohin seine Tochter bereits zu Verhandlungen abgereist ist, und alles verkaufen.

„Nassauer“ von der Akademie gestrichen

Die französische Akademie hat bei der Durchsicht des Wörterbuchs das schöne Wort „resquilleur“ mit ungünstigem Bescheid an die Kommission zurückgewiesen. Und dabei war diese aus dem Argot stammende Bezeichnung der „Nassauer“ durch das Theaterstück „Le roi des resquilleurs“ doch schon zu internationalem Ruf gelangt. Nun, im Sprachgebrauch wird das Wort sicher bleiben, diweil es viele Leute gibt, die nicht gerne Theaterplätze zahlen...

Eine rollende Bildergalerie

M. Georges Hussman, der neuernannte Generaldirektor der schönen Künste in Frankreich, hat einen neuen „Salon“ auf den Schienen eingerichtet, der ins Land fahren soll, um Werke französischer Maler, Bildhauer, Kupferstecher, Kunststichler zu verkaufen. Der Zug, der als Hilfswerk der Künstler der Krise eingerichtet wurde, besteht aus sechs Wagen. Die Reise soll am 15. Juni zuerst nach Versailles losgehen, dann sollen Les Mans, die Bretagne, die Landschaft Saintonge nördlich der Gironde und Bordeaux folgen, von dort soll es über Angoulême, Poitiers, Tours, Blois und Orléans zurück gehen. In jeder Stadt soll etwa drei Tage Aufenthalt genommen werden. In einem Packwagen werden Ersatzbilder für die verkauften mitgeführt. Im ganzen werden etwa zweihundert Künstler auf dieser ersten rollenden Ausstellung vertreten sein. Die Auswahl der Kunstwerke soll mit größter Unparteilichkeit unter Mitwirkung der Künstlerverbände stattfinden. Die Stadt Paris und die Eisenbahn haben dieses ausgezeichnete Unternehmen der produktiven Künstlerhilfe unterstützt.

Lehar dirigiert „Land des Lächelns“ in Paris

1200 Aufführungen eines Werkes in einem Land, davon 750 in der Hauptstadt, das bedeutet nicht nur Ruhm, Popularität, das wirft auch so viel Tantiemen ab, daß man für einige Jährchen auf ein anderes Land einmal verzichten kann. Denn während die Länder des Westens und Ostens ihn feiern während in Paris und Wien seine Werke sogar von den Staatsopern aufgeführt werden, ist Lehar samt seinen Operetten aus Deutschland ziemlich sang- und klanglos verschwunden. Hier und da in der Provinz spielt wohl eine seiner Operetten nochmal den Lückenbüßer und bringt dabei mehr in die Kassen als sämtliche dichterische und kompositorischen Machwerke des nationalen Erwachens zusammen, aber aus Berlin z. B. ist die Lehar-Operette, die noch vor zwei Jahren anlässlich des 60. Geburtstages des Komponisten Triumphe feierte, vollständig verschwunden.

Warum eigentlich, weiß niemand so recht, denn der Meister selbst ist nichtarischer Blutbeimischung völlig frei. Aber es soll Devisenschwierigkeiten mit dem Wiener Verlag gegeben haben, die Berliner Vergangenheit Lebars, die ebenso eng mit dem „Judenstümmling“ Richard Tauber wie mit den noch bis außerhalb der Reichsgrenzen von der braunen Feme verfolgten Rotters verbunden war, ist für das „dritte Reich“ anscheinend ebenso unangenehm wie die jüdischen Librettisten der meisten Lebarschen Stücke — und schließlich ist er ja als Oesterreicher — feindlicher Ausländer — das genügt!

So werden also die nächsten Jubiläumsaufführungen rings um das „dritte Reich“ herum gefeiert werden müssen, was weiter kein Schaden ist. Diesmal spielte sich das große Huldigungstheater in dem ausverkauften Zuschauerraum des „Gaité-Lyrique“ in Paris anlässlich der 750. Aufführung des „Pays du Sourire“ ab. Es regnete nur so Blumen für die Darsteller — unter denen die ton- und bewegungsreiche Taubers-Kopie des Herrn Tunis auffiel — und für den „Maître“, der für seine 63 Jahre noch geradezu unwahrscheinlich temperamentvoll den Stab führte. Er kann lächeln, denn der Weg vom k. und k. Militärmusikdirektor zum Operettenliebhaber der ganzen Welt macht ihm so schnell keiner nach. P. W.

1er Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. b) Chirurgie c) Orthopädie d) Geburtshilfliche Klinik e) Zahnärztliches Kabinett
Ordination täglich von 9-12 und 2-8: Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Docteur Spécialiste

DEUTSCHSPRECHEND
Mönchener u. Pariser Fakultät
17, rue Reaumur
Métro Arts-et-Métiers od. République
Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche. Neueste Heilverfahren. Elektrizität.
Harn-, Samen- und Blutanalysen.
Mäßige Bedingungen. (Auch für Krankenversicherung.)
Täglich von 9-11 und 4-8,30 Uhr. Sonn- und Feiertags von 9 bis 11 u. au. Remd. • Tel. Arch. 54-25

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen
Nase, Hals, Ohren
123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr. Sonntags vormittags
Métro Reaumur, St Denis

Dr. Spécialiste

10, rue de Rivoli — Métro Châtea
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität Impulsverfahren Trypaße v. v. Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermakultur, Salvarsan, Wundst. usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
M. a. spricht deutsch

INSERIEREN BRINGT GEWINN

Werbt für die „Deutsche Freiheit“

Association des Juristes Allemands émigrés en France

Die Vereinigung der Juristen veranstaltet am Donnerstag, dem 17. Mai, abends 9 Uhr, einen Vortragsabend des Maître Audard, Avokat à la Cour de Paris, mit dem Thema: „L'Organisation Judiciaire de la France“ im Hause 22 bis, rue Brunel, (17e), métro Obligado, Pension Lazarus. Zutritt haben die der Vereinigung angehörenden und ihr nahestehenden Juristen. Unkostenbeitrag 3.— Fr.

Die deutsche Reichsbahn zu Paris

Wir haben wiederholt unsere Leser belustigt mit einer Schilderung des Versteckenspiels mit Zeichen des „dritten Reiches“, das die Verkehrswerbung „Allemagne“ in der Nähe der Pariser Oper betreibt. Momentan macht man dort in erster Linie Propaganda für Oberammergau und die slawischen Tänze im Spreewald sowie für „Frühling in Deutschland“. Aber die schüchternen Ansätze zu Hitlerbildern, die auf unsere wiederholten Schmerzensschreie endlich an der Seite des Eingangs angebracht waren, sind schon wieder verschwunden. Das Vorzeigen des Hakenkreuzes muß eben doch keine gute Fremdenwerbung im Auslande sein. Nunmehr hat man ein Hakenkreuz (ein einziges) schüchtern über den „Frühling in Deutschland“ gesetzt, aber damit es nicht so auffällt, hat man es mit dem Sternenbanner, dem schweizer Kreuz und anderen Hoheitszeichen fremder Staaten zusammen gebracht, damit die Geschichte etwas internationaler aussieht. Fein eingefädelt und „gar ein lustig Ding!“

Wiederherstellung der Kathedrale von Arras

Die im Kriege zerstörte Kathedrale von Arras wurde am Sonntag durch den Marschall Pétain, den französischen Kriegsminister, der ein Sohn des Artois ist, dem Erzbischof in einer feierlichen Zeremonie zurückgegeben, nachdem der Wiederaufbau des bedeutenden Bauwerks vollendet ist. Die Kathedrale von Reims wird dagegen, wie bekannt ist, erst nach Jahren die schrecklichen Spuren der Verwüstung überwunden haben.

Milhaud über Arbeiter-Musik

Der berühmte französische Komponist Darius Milhaud schreibt über das Konzert der belgisch-französischen Bergleute, der „Gueules noirs“ in den Spalten des „Jour“: Der Pariser Sportpalast ist ein wunderbarer Rahmen für künstlerische Volksfeste. Voriges Jahr wohnte ich einem Konzert bei, bei dem die Militärkapellen von sieben oder acht Ländern Europas, deren Gold an den Uniformen glänzte, den Klang des kupfernen Instruments in diesem weiten Saal verbreiteten, in dem bis dahin nur Boxkämpfe oder Motorradrennen stattfanden. Diesmal hörten wir vier Chorvereinigungen von Bergleuten aus dem Kohlengebiet des französischen Nordens und Belgiens. Die Begabung für Choralgesang vererbt sich vom Vater auf den Sohn in diesen Gegenden, die uns im 17. Jahrhundert Meister wie Joaquin des Prés, Claude Le Jeune, Roland de Lassus geschenkt haben.

Man fühlt beim Hören dieser wunderbaren Chöre, daß die Liebe zur Musik tief ist, daß sie eine Notwendigkeit ist für diese rauhen Arbeiter. Finden sie nicht, nach den harten Tagen der Arbeit im Schacht, in Landschaften, die weder durch Klima noch durch Schönheit ausgezeichnet sind, eine leidenschaftliche Freude daran, sich zu versenken in die sanften Harmonien der Musik?

Der Wert von Gesangsgemeinschaften wie denen der Muezzelle orphéonique von Denain-Escaudain, der Royale Lyrique de la Bouverie, des Cercle Choral von Frameries und der Royale Amitié von Patourages ist bemerkenswert. Wie viel Stärke, wie viel Reichtum, wie viel Süße in jedem Sang, und wie genau die Artikulation sich darbietet! Hoffen wir, daß diese schöne Festlichkeit den Sportpalast zu ähnlichen Veranstaltungen treibt! Die Fanfarenmusik eines Fernand Lamy, Roparz, Lalande, Rameau, Debussy, Florent Schmitt, Ingelbrecht, Paul Dukas, vorgetragen durch Blechinstrumente des Harmonie- oder Konservatoriums-Orchesters von Valenciennes, unter Leitung von Fernand Lamy, wechselten ab mit den verschiedenen Chören, die vor uns auftraten.

Sehr selten hört man so vollendeten Männergesang. Das sind prachtvolle Gruppen, die in den Symphoniekonzerten unserer Nordstädte singen sollten, sie haben es verdient. Fernand Lamy, der ausgezeichnete Leiter des Konservatoriums von Valenciennes, dürfte uns zustimmen.

Warum aber hören wir nicht im selben Sportpalast in gleicher Weise einen Frauenchor und ein Symphonieorchester? Die Neunte Symphonie oder das Matyrium des heiligen Sebastian vortragen?

Das Neueste

Die italienischen Ozeanflieger, die mit dem Flugzeug „Leonardo Da Vinci“ von Amerika nach Rom unterwegs waren, sind infolge Motorfehlers am Dienstag um 20.30 Uhr in Rey in der Grafschaft Clare (Irland) gelandet.

Ein französisches Marineflugzeug, das am Dienstagmittag in Dänischen aufgestiegen war, um zusammen mit dem Kreuzer „Golbert“ und anderen Marineschiffen ins Meer gekürt. In der Nähe der Absturzstelle befanden sich vier Personen. In der Nähe der Absturzstelle befinden sich mehrere Schiffe, darunter auch der deutsche Dampfer „Dresden“, der durch Funkpruch bekanntgab, daß er versuchen werde, die Insassen zu retten. Eine spätere Nachricht meldet die Rettung.

In der Nähe von Arles in Südfrankreich raste ein mit sechs jungen Leuten besetztes Auto in voller Fahrt gegen eine Mauer und wurde vollkommen zertrümmert. Zwei der Insassen waren auf der Stelle tot, die vier anderen erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Die 16. Partie im Schwermelweibschachtkampf wurde von Dr. Aljechin gewonnen.

Ein Schiffunglück auf dem Gallavessi-See in Finnland, wo ein Passagierdampfer kenterte, forderte über 30 Todesopfer.

Der Verwaltungsratsvorsitz der Ortsgruppe Lyon der Liga für Menschenrechte hatte vor einigen Wochen den Anschließ des Staatsministers Herrriot aus der Liga beantragt. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß Herrriot dem Kabinett Doumergue angehört und deshalb mitverantwortlich für eine Reihe von Gesetzesentwürfen sei, die in der Öffentlichkeit Entstellung ausgelöst hätten. Mit neun gegen vier Stimmen wurde am Dienstag dieser Anschließ befähigt. Man weiß noch nicht, ob Herrriot von seinem Recht Gebrauch machen wird, dagegen Berufung einzulegen.

BRIEFKASTEN

P. S. Sie sind doch ein aufmerksamer Leser und guter Freund unseres Blattes. Gerne berichten wir, daß das Konzentrationslager, in dem sich der frühere kommunistische Abg. Dr. Neubauer befindet, nicht Schwenge, sondern Gherweggen heißt und sich in der Nähe der belgischen Grenze bei Vapenburg befindet.

Sportler Paris. In Deutschland sind die jüdischen Sportclubs zum Training für die Olympiade nicht zugelassen. Der Zutritt zu den Sportplätzen, von denen die meisten sich in jüdischem Besitz befinden, ist ihnen verboten.

H. S. Rotterdam. Aus Solingen hat man Ihnen geschrieben: Die Stadtverwaltung hat beim Staatsministerium beantragt, dem Stadtnamen die Bezeichnung „Solingenstadt“ hinzuzufügen. Von der Bezeichnung „Solingenstadt-Solingen“ verpöndelt sich die Verwaltung eine propagandistische Wirkung. Ob das helfen wird? Das ist doch die reine Soterie, nachdem unser Export durch die Hitlerregierung vernichtet worden ist wie nie. Hier hat die Hitlererei gründlich abgewirkt. Die Bevölkerung großer Exportstädte hätte eigentlich früher begriffen dürfen, daß der Autarkiewahn ihren Ruin bedeuten muß.

Blinder Heße. Ihre Mitteilung, daß die Hitlerjugend auf dem Vorabend in Dortmund eine Verbrüderung von farbigen Schülermännern vorgenommen hat, fand in allen deutschen Zeitungen. Man feterte den Vorgang als „sozialistische Tat“ gegen Rassengeist und Standeshäufel. Ob die Anregung zu dem Scheitern von den höheren Schülern ausging oder von den Volksschülern wird leider nicht berichtet. Man darf wohl annehmen, daß proletarische Mitglieder der Hitlerjugend die Aktion verlangt haben. Im Grunde sind das gewiß nur spielerische Erscheinungen. Immerhin zeigen sie, daß die Abneigung gegen soziale Vorrechte lebt und sich behauptet.

Dr. H. J. Briefe politischen Inhalts durch Deutschland zu leiten, ohne daß die Gefahr des Deckens vorliegt, ist unmöglich. Sie müßten schon auf dem Ruwert eine Route vermerken, die Deutschland vermeidet. Besonders scharf ist man in Deutschland auf Briefe aus dem Saargebiet und aus der Tschechoslowakei. Die Proger Völkerverwaltung befaßt sich gegenwärtig mit der Aufstellung einer Statistik über die Zahl der durch Deutschland gehenden Briefe, die „sozialistisch“ geöffnet werden, und sammelt zu diesem Zweck die betreffenden Umschläge. Es soll beim Weltpostverein in Bern eine Besondere eingehandelt werden, in der darauf hingewiesen wird, daß es sich um eine Verletzung des Briefgeheimnisses handelt. Wie die Blätter melden, werden mehr als 70 Prozent der Briefschaften kontrolliert. Am Reichsamt der Tschechoslowakei haben sich besonders krasse Fälle ereignet. Kürzlich wurde sogar eine an die Nationalbank abgeleitete Sendung geöffnet. Wöllig unvereinbar mit den internationalen völkerverständlichen Abmachungen ist es, daß auch Briefe des Transitzweckes geöffnet werden. Aber es geschieht dennoch.

Nu alle. Berichten Sie niemandem, aus Deutschland telegraphische Angaben über Terror und sonstige dem Regime mißliebige Angaben zu machen, wenn die Abender sich nicht sehr gut zu tarnen wissen. Zahllose Briefe werden geöffnet, wie wieder einmal folgende amtliche Veröffentlichung beweist: Am 28. April wurde der tschechische Handelsvertreter Max Dufnagel aus Dortmund vorläufig festgenommen, weil er ein Schreiben an eine Adresse in Frankreich gerichtet hatte, das erdichtete Vorfälle über geheime Judenverfolgungen, Verunglimpfung der Mitglieder der Reichsregierung usw. enthielt.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Pflü in Dortmund. Für Anzeigen: Otto Pflü in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkswirtschaft GmbH, Saarbrücken & Schützenstraße 3, — Schließfach 776 Saarbrücken.

Abonniert die „Deutsche Freiheit“